Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 37573

Nr. 237 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—; monatlich 5.— Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Freitag, den 8. Oktober 1920 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil kostet das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

67,7 Milliarden Fehlbetrag im Reichshaushalt.

Berlin, 7. Oktober. Das WTB. berichtet: Der Reichsrat nahm eine Entschließung an die Reichsregierung an in der es u. a. heißt: Die Ausgaben in dem dem Reichsrat vorgelegten Reichshaushaltsentwurf für 1920 vermehren sich wie erst jetzt feststellen möglich war, durch Steigerung der laufenden Aufwendungen zur Unterhaltung des Besatzungsheeres im Rheinland auf 91,5 Milliarden Mark. Ungedeckt hiervon bleiben 49,7 Milliarden Mark. Der Gesamtfehlbetrag unter Einschluß des Fehlbetrages bei der Eisenbahn- und Postverwaltung beträgt somit 67,7 Mill. Mark. Die Finanzlage ist hiernach so ernst, daß das Gebot strengster und rücksichtslosester Einschränkung der Ausgaben nicht aufs neue betont zu werden braucht. Je mehr die Gestaltung des Haushalts von den in ihrem Ausmaß ungeheuren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages herbeigeleiteten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängig ist, um so mehr zwingend ergibt sich die Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten eine starke Verminderung der Ausgaben eintreten zu lassen, die für ein verarmtes Staatswesen unerläßlich sind. Dazu bedarf es eines wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministers auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Bemessung in unserer Hand liegt. An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschließung so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strikteste Sparsamkeit bei den Reichsausgaben unentbehrlichen Befugnissen auszustatten.

Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe.

In mehreren Berliner Zeitungsbetrieben, darunter Ullstein, Scherl, Deutsche Tageszeitung usw., ist am Mittwoch abend das gesamte technische Personal ausgesperrt worden. Dieses hatte sich geweigert, für die im Streik stehenden Angestellten Streikbrecherarbeit zu verrichten und namentlich Inserate herzustellen. Die Prinzipale erhoben Klage vor dem Schiedsgericht, die mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Die Arbeitnehmerbeisitzer beriefen sich auf eine Reichsgerichtsentscheidung, wonach Sympathiestreiks zulässig sind. Darauf erfolgte am Mittwoch abend in den genannten Betrieben die Aussperrung des gesamten technischen Personals. Die meisten bürgerlichen Zeitungen werden daher vorläufig nicht erscheinen.

Damit hat sich die Lohnbewegung der Angestellten des Berliner Zeitungsgewerbes durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer zu einem schweren Konflikt ausgestaltet. Die bürgerlichen Zeitungsverleger haben die Weigerung des technischen Personals, Streikbrecherarbeit zu leisten, mit der Aussperrung des gesamten Personals beantwortet. Die zunächst verhältnismäßig geringfügigen Differenzen sind durch die Aussperrung zu einem gewaltigen Machtkampf geworden, an dem ein großer Teil der Mitglieder der Verbände der Buchdrucker, der Buchbinder und Buchdruckereihilfsarbeiter beteiligt ist.

Es zu bemerken ist, daß die weniger kapitalkräftigen Unternehmungen, der „Vorwärts" und die „Freiheit" ihren Angestellten schon seit Monaten die geforderten Gehälter zahlten, wie leicht wäre es daher, auch den bürgerlichen Verlegern gewesen.

Eine mehr als zweifelhafte Rolle haben der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestelltenverbände gespielt. Sie benutzten, wie bereits früher bei ähnlichen Gelegenheiten, den günstigen Augenblick, um den Unternehmern willfährig beizuspringen und mit ihnen Vergleiche abzuschließen, die die Forderungen der Angestellten illusorisch machen. Bei solchem Verhalten war es für die der Afa angeschlossenen Organisationen eine Pflicht der Reinlichkeit, gemeinsame Verhandlungen mit diesen Verrätern der Angestellten abzulehnen. Die von den Afa-Organisationen selbständig geführten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß endeten mit einem Schiedsspruch, der eine sofortige fünfzehnprozentige Lohnerhöhung vorsah.

Auch der Schlichtungsausschuß konnte sich also der Notlage der Angestellten nicht verschließen. Anders jedoch die Vereinigung der großstädtischen Zeitungsverleger. Sie lehnte die Anerkennung des Schiedsspruches ab und beschwor dadurch einen Konflikt herauf, dessen Folgen vorläufig noch nicht abzusehen sind.

Die Bergarbeiter fordern sofortige Lohnerhöhung.

Ein Kongreß der vier großen zur Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Bergarbeiterverbände befaßte sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. An den Reichsarbeitsminister Brauns wurde folgendes Telegramm gesandt: „Kongreß der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Hinblick auf die steigende Erregung in Bergarbeiterkreisen sofortige Regelung der Lohnfragen. Bedarfsartikel steigen andauernd im Preise. Lohnerhöhung muß sofort erfolgen."

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Die Berichte der Kommissionen.

WTB. **Brüssel**, 7. Oktober. (Meldung unseres besonderen Vertreters.) Die von der Finanzkonferenz eingesetzten Kommissionen haben heute ihre schriftlichen Berichte zur Beschlußfassung vorgelegt. Es sei hier besonders auf den Bericht der 3. Kommission, die über den internationalen Handelsverkehr zu berichten hatte, hingewiesen, welche als einzige Voraussetzung für einen [illegible] Handelsverkehr den Frieden im Aeußern und Innern fordert. In dem Bericht der 1. Kommission über die Staatsfinanzen werden die Grundsätze aufgestellt, die für jedes ordnungsmäßige Budget Geltung haben. Die Finanzkommission macht die öffentliche Meinung in allen Ländern für die schlechten Staatsfinanzen und damit für die hohen Kosten der Lebenshaltung mit verantwortlich. Zur ordentlichen Finanzwirtschaft gehört die Anspannung aller Steuerquellen und die Pflicht, die Ausgaben zu beschränken, sowohl von seiten der Staaten wie der Private. Es wird besonders eine strenge Einschränkung der Ausgaben für Rüstungen gefordert. Die Kommission schlägt der Konferenz vor, den Völkerbund zu bitten, daß er sobald wie möglich mit den Regierungen unterhandeln möge, daß eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen erfolgt. Das gebiete auch die Pflicht, den verarmten Völkern der Welt keine Lasten in dieser Hinsicht aufzuerlegen.

Das Ende der Konferenz.

Brüssel, 7. Okt. Die Schlußsitzung der Konferenz findet wahrscheinlich morgen nachmittag statt. Die Versammlung wird den vom Sekretariat ausgearbeiteten Bericht der Völkerbundsversammlung besprechen und darauf die Schlußrede Adors anhören.

Brüssel, 7. Oktober. Die Finanzkonferenz hat einstimmig die Entschließungen des Berichts der Kommission für die internationalen Kredite angenommen.

Präsident Ador leitete mit, ihm sei ein Vorschlag auf Schaffung eines ständigen Organismus zugegangen, der die Ausführung der Entscheidungen der Konferenz in die Hand nehmen solle. Uebrigens hätten alle Ausschüsse ähnliche Wünsche geäußert. Es gehöre nicht zur Zuständigkeit der Konferenz, eine solche Einrichtung zu schaffen, aber sie könne sie befürwortend dem Völkerbund überweisen.

Der Ausschuß für die Verteilung der Ausgaben des Völkerbundes hat ebenfalls einen Bericht abgefaßt, der den Obersten Rat übermittelt werden wird.

Morgen findet die Schlußsitzung statt.

England wünscht die Konferenz von Genf.

Paris, 7. Okt. Nach einer Privatmeldung des „Journal des Débats" aus London versichere man dort, die englische Regierung habe dieser Tage aufs neue in dringender Weise bei der französischen Regierung Vorstellungen erhoben, damit die Konferenz von Genf, deren Vertagung Millerand verlangt habe, festgesetzt werde. Die Anwesenheit des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix in London stehe mit dieser Frage im Zusammenhang, und es sei nicht unmöglich, daß eine Formel gefunden werde, die es gestatte, die französischen und englischen Interessen mit einander in Einklang zu bringen

Die Unterzeichnung des russisch-polnischen Friedens.

Kopenhagen, 7. Oktober. Einem Telegramm aus Riga zufolge wird die Unterzeichnung des Präliminarfriedens zwischen Polen und Rußland am Freitag in einer öffentlichen Sitzung erfolgen. In polnischen Unterhändlerkreisen wird erzählt, daß die Bolschewisten die polnischen Vorschläge in allen wesentlichen Punkten angenommen haben. Die ostgalizische Frage ist in den Verhandlungen ausgeschlossen; die Grenze wird westlicher gelegt als von der Sowjetdelegation vorgeschlagen wurde. Die russisch-ukrainischen Unterhändler dagegen behaupten, daß das Abkommen auf der Grundlage der polnischen Minimalforderungen zustande kam, die mit der Erklärung des allrussischen Exekutivzentralkomitees zusammenfallen.

*

Kopenhagen, 7. Oktober. Nach einem Telegramm aus Warschau werden nach den Bestimmungen des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten zwischen Rußland und Polen am Sonnabend, den 9. Oktober, eingestellt werden.

Frauen- und Jugendschutz durch den Völkerbund.

Zürich, 7. Okt. Die Züricher Frauenzentrale hat gemeinsam mit verschiedenen großen Frauenvereinigungen an das Sekretariat des Völkerbundes die Bitte gerichtet, der Sache des Frauen- und Jugendschutzes im allgemeinen vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken, insbesondere die von den deutschen Frauen geäußerten Klagen über die schwarzen Truppen in den besetzten Gebieten einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen.

Pazifismus? Sozialismus!

Von P. Haupt.

In Braunschweig hielten die zwölf pazifistischen Organisationen den 12. deutschen Pazifistenkongreß ab. Wenn es auch manchmal zu scharfen Worten kam, wenn die Tagung auch tiefe Klüfte zwischen den gemäßigten und den radikalen Pazifisten aufdeckte, im allgemeinen war der Ton des Kongresses auf Sachlichkeit, vornehme Zurückhaltung, Achtung und Höflichkeit auch dem Gegner gegenüber gestimmt. Im vornehmsten Hotel Braunschweigs fanden sich die Teilnehmer zusammen. Viele von ihnen entstammten und gehörten zu der vornehmen Welt, für die das Hotel offen steht, haben sich aus dem bei den vermögenskräftigen und höheren Ständen herrschenden kriegswütigen Nationalismus durchgerungen zu einem ideellen Pazifismus, kämpfen nun für Völkerversöhnung und ewigen Frieden. Hoch mag ihnen das angerechnet sein, wer in die „standesbewußten" Klassen Deutschlands hineingesehen hat, weiß, wie brutal ihr gesellschaftlicher Bann die Abtrünnigen treffen kann. Einen Momentblick auf diese Kämpfe zwischen der bürgerlichen Masse, die die vorgezeichneten Bahnen nicht verläßt, und denen, die einen eigenen Weg gingen, gab die Erklärung der drei demokratischen Pazifisten Quidde, Nuschke und Schücking, daß sie stets Opposition seien, in der eigenen Fraktion alleinständen. Trotzdem aber zählen sie sich, wie viele, zu den bürgerlichen Parteien. Zu stark ist der Klassenzwang, als daß sie den Weg zur Sozialdemokratie finden würden.

Und es ist wahr, uns Sozialdemokraten als Friedensfreunde, Anhänger eines internationalen Völkerbundes trennt etwas von jenen bürgerlichen Pazifisten. Es steht eine Mauer zwischen ihnen und uns. Man sah sie, wenn man im vornehmsten Hotel Braunschweigs als Gast die reingeistigen Reden und Pläne hörte und gleichzeitig hinaus sah durch die hochmütigen Bogenfenster in die Stadt. Gerade in eine der finstersten, ältesten Armeleutestraße ging der Blick.

Da sah die Seele derer, die wissen, wie es in solchen Armeleutegassen zugeht, die Mauer zwischen den intellektuellen Pazifisten und uns, da sah man sie getürmt aus Geld und Reichtum und gesicherter Lebensstellung; da sahen scharfe Augen, wie unendlich anders das Streben und Ringen doch ist, wenn man zwischen sich und dem Unwillen der andern eine Mauer von Geld bauen kann!

Die Erinnerung an unsere Vorkämpfer kam, die noch ahnend, noch erst halbklar, strebten nach Licht und Freiheit; rangen für sich und die Elendsgenossen um besseres Leben — bis sie die um ihren Geldbeutel besorgten Unternehmer auf die Straße setzten. Wie viele mußten sich zähneknirschend der Unternehmerknute Brotlosmachung beugen? Wie viele verrieten ihrer und der Genossen Ringen, weil Frau und Kinder nach Brot schrien?

Drinnen redet einer, der glaubt, mit liebeglühenden, menschlichkeitdurchpulsten Worten die Welt, die Menschen friedfertig und glücklich machen zu können. Lohende, reine Begeisterung, edelstes Streben ist in seinen Worten. Sie wärmen und — wir Sozialisten aber blicken durch die hohen Fenster hinaus in die Armeleutegasse. Wir denken daran, daß Millionen nicht wissen, wovon sie morgen leben sollen. Wir wissen, daß Millionen feiler Blätter in die verzweifelnden, elenden Massen das Wort werfen und warfen vom Erbfeind, vom befreienden Krieg.

Wir wissen, daß Tausende von Kapitalisten sich belauern wie wilde Tiere, die eins dem andern die Beute wegschnappen wollen, die aber noch gefährlicher sind als wilde Tiere, weil sie Verstand haben, den sie benutzen, um Millionen von Menschen in falschen Anschauungen, Lügen und Unwissenheit zu erhalten.

Wir wissen, daß die gegenwärtige Weltordnung eine furchtbare Waffe gegen die Rebellierenden, die nichts als Kopf oder Muskeln ihr eigen nennen, hat — das Geld, den Besitz.

Wir achten den Willen zum Guten, zum Frieden in den unsozialistischen Pazifisten, aber wir wissen, daß der gute Wille allein nie diese Welt umgestalten kann. Darum ist unser Pazifismus ein anderer. Wir jagen keinen himmelblauen Völkerverbrüderungsphantomen nach, die materialistische Weltauffassung, die uns unsere Denker in selbstloser Mühlerei in trockensten und trostlosesten Alltagsstaub geschaffen, weist uns alle Kanten und Grenzen auch des besten, idealsten Wollens und Planes, und wir bescheiden uns als Kinder dieser Welt und ihrer ewigen ehernen Gesetze. Wir bauen kein Phantasiezelt, innerhalb der Möglichkeiten, die diese Erde und ihre Gesetze geben, bleibt unser Weg. Wir glauben nicht daran, daß es gelingen kann, durch noch so gute Völkerbundsverfassungen oder mit unparteiischsten weisen Richtern besetzte Schiedsgerichte inneren und äußeren Krieg auszuschalten, so lange die gegenwärtige

kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht.

So lange noch in den einzelnen Staaten Kapitalistengruppen ihre Geschäfte, ihren Ausdehnungsdrang, ihre Aneignung von Ausbeutungskolonien unter dem Schutze des jeweiligen Staates betreiben, so lange noch die Kapitalisten des einen Staates denen des andern konkurrierend gegenüberstehen, planlos die einzelnen Kapitalisten gegeneinander wirtschaften, glüht Kriegsglut in dieser Erde, die jederzeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0001

in verheerenden Flammen über die Volksmassen, die noch so friedfertig, zusammenschlagen können.

Erst wenn eine sozialistische Weltwirtschaft die Kämpfe ausbeuterischer Kapitalisten ausgeschaltet hat, erst wenn

eine planvolle Weltwirtschaft

die Bedürfnisse des einen Staates wie die des andern berücksichtigt, dann, auf diesem Grunde nur, kann der politische und kulturelle Ueberbau

des Friedensbundes aller Völker

errichtet werden. Gern und schon je stimmten wir ein in den Ruf: Krieg dem Kriege, aber wir rufen weiter, siegesand wahrheitsbewußt:

Krieg dem Kapitalismus.

Nur der Weltsozialismus ist der Weltfrieden!

Die Vorschläge für das Parteiprogramm und die Bodenfrage.

(Wir geben die folgenden Ausführungen eines Parteigenossen über die Agrarfrage, der sie nur vom Standpunkte eines Reformers betrachtet, um so lieber wieder, da wir als Vorbedingung für eine fruchtbringende, umfassende Umwälzung der Bodenrechtsfrage eine vorhergehende, weiterbreitete, reformierende Tätigkeit für notwendig halten. Die Red.)

Es dürfte nicht nur Zufall sein, daß von 26 abgegebenen Gutachten für die Erneuerung des Parteiprogramms sich 6 mehr oder weniger mit der Bodenfrage beschäftigen. Daß unsere Bodenrechtsverhältnisse dringend der Reform bedürfen, wird jeder, der sich auch nur einigermaßen über das bestehende Boden-Unrecht, denn Recht kann es nicht mehr genannt werden, klar geworden ist, einsehen müssen. Noch klarer muß die Bodenrechtsfrage aber einem Bodenreformer, d. h. einem eifrigen Anhänger und Verfechter der Lehren und der daraus sich ergebenden Forderungen des „Bundes deutscher Bodenreformer" sein, der schweren Herzens zusehen muß, wie in der Not unserer Zeit, die geradezu nach Bodenreform schreit, die einfachsten Forderungen derselben von den „maßgebenden Stellen" ignoriert werden. Dies ist um so weniger verständlich, als es sich hier um Lehren und Forderungen handelt, die nicht etwa irgendein Theoretiker erdacht und ausgeklügelt hat, sondern die zum weitaus überwiegenden Teile längst praktisch erprobt worden sind und sich bewährt haben.

Das Programm des „Bundes deutscher Bodenreformer" gipfelt in dem Satze: „Der Bund deutscher Bodenreformer tritt dafür ein, daß der Boden, die Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des Einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht."

Auf Grund dieses Programmsatzes wird weiterhin gefordert z. B.:

Sozialisierung der Grundrente, freier Zugang für jede Arbeit zu den Schätzen des Bodens.

Nutzbarmachung des unverdienten Grundwertzuwachses für die Allgemeinheit,

Neuregelung des Hypothekenwesens und Sozialisierung der Hypothekenbanken,

womit das Programm bei weitem nicht erschöpft ist. Mit einem Satze gesagt: Das bestehende Bodenmonopol soll aufgehoben werden und der Boden für den zugänglich sein, der ihn bearbeitet und damit am besten für sich und damit auch für die Allgemeinheit auszunutzen versteht. —

Ich glaube nun nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß diese Forderungen der Bodenreformer auch jeder Mehrheitssozialist glatt unterschreiben kann. —

Ich komme nun zu den Ausführungen der einzelnen Gutachter, soweit sie sich mit der Bodenfrage befassen. Der bedeutende Soziologe und warme Freund der Arbeiterbewegung „Normanus" bezeichnet die wachsende Teilnahme in allen Schichten für die Bodenreform als ein bedeutsames „Zeichen der Zeit" und sagt, daß auch, wer in ihr kein Allheilmittel anerkennen will, doch nicht leugnen kann, daß sie gegen den Bezug der Grundrente durch beliebige Private gerichtet ist und deren unverdientes Wachstum dem gemeinen Nutzen dienstbar machen will. Normanus sagt dann weiter: „Die Sozialdemokratie hätte wahrlich zureichenden Grund, die Bodenreform in Ihr Programm aufzunehmen, was nicht heißen würde, daß sie sich damit identifizieren sollte — jeder anderen Partei stünde ja frei, ebenfalls sich zu diesem Ziele zu bekennen —, was aber heißen würde, daß sie in der Bodenreform einen der gangbaren Wege zu allgemeiner und gründlicher sozialer Reform erkennt, was er — mit anderen Wegen — wirklich ist."

Ich kann mich hier vollkommen mit „Normanus" einverstanden erklären, möchte aber behaupten, daß es außer der mehrheitssozialistischen Partei keine politische Partei gibt, die Forderungen der Bodenreformer in ihr Parteiprogramm aufnehmen könnte. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: die Anhänger der Rechtsparteien sind zum weitaus größten Teile am bestehenden Bodenmonopol und an seiner Erhaltung derart interessiert, daß sie sich hüten werden, sich mit bodenreformerischen Ideen ihre Anhänger zu vergrämen. Wurde doch schon immer der Altmeister der Bodenreform Damaschke von ihnen als „Sozialist" bezeichnet, weil er mit seiner Bodenreformidee ihnen nicht in den Kram paßte. Na, und den linken Brüdern der Mehrheitssozialisten ist die Bodenreform eben nicht radikal genug.

Eduard Bernstein fordert in seinem 9. Leitsatze die Vergesellschaftung des Grund und Bodens und als Hebel hierfür den Kampf für die Demokratie in Staat, Provinz und Gemeinde. Er bringt die Behandlung weiterer Punkte in Vorschlag, und zwar u. a.:

„Die Bodenpolitik und Bodenbewertung unter Bezugnahme auf Artikel 153 der Verfassung."

Wenngleich die Wichtigkeit des Artikels 153 nicht zu unterschätzen ist, so erscheint mir die Bezugnahme auf Artikel 155 mit seinen praktischen und ideellen Forderungen bei weitem wichtiger, nicht etwa nur weil er die Verwirklichung wichtiger Forderungen der Bodenreformer in Aussicht stellt, sondern weil er gleichzeitig die Grundlage für eine durchgreifende soziale Reform, soweit sie Gebiete des Bodenrechts berührt, bietet.

Wenn Robert Schmidt in seinem „Die Sozialisierung" betitelten Gutachten am Schluß die Notwendigkeit feststellt, die Grund- und Bodenfrage mehr hervorzuheben, so wird dies allein schon jeden sozialistischen Bodenreformer mit Genugtuung erfüllen, auch wenn Robert Schmidt seinerseits die Erörterung der Agrarfrage ausschaltet und nur den städtischen Grundbesitz in Verbindung mit der Wohnungsfrage erörtert und hier einen klaren, sozialistischen Standpunkt fordert. Denn Enteignung unbebauten Terrains für den Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde und Errichtung von Zwangsgenossenschaften, um Bau, Uebernahme und Verwaltung von Wohnhäusern zu betreiben, kann auch der Bodenreformer gutheißen, weil er hoffen darf, daß hierfür sicher mehr oder weniger bodenreformerische Grundsätze sich geltend machen werden.

Die Forderung der Regelung des Wohnungs- und Siedlungswesens durch das Reich in dem Vorschlage von A. Ellinger, der die Wohnungsfrage behandelt, ist besonders in letzter Zeit von bodenreformerischer Seite als „Reichsheimstättenamt" oft und eindringlich und mit Unterstützung der Gewerkschaften erhoben worden, aber leider wie so vieles derartige Forderungen anscheinend ohne jeden Eindruck bei den „maßgebenden" Stellen geblieben. Besonders hervorzuheben sind die Ellingerschen Forderungen der planmäßigen und tatkräftigen Siedlungspolitik, Gründung von Heimstätten und Heimstättenverbänden, Förderung einer gesunden Verkehrspolitik. Auch ich sehe mit Ellinger keinen besseren Weg, um aus der heutigen Wohnungsnot herauszukommen, muß aber hier die möglichste Beachtung bodenreformerischer Grundsätze empfehlen.

Paul Hirsch kommt in seinem Vorschlage „Die Wohnungsfrage" den Bodenreformern schon bedeutend näher, und wenn er sagt, der Artikel 155 der Reichsverfassung stelle gewissermaßen eine Art Bodenreformprogramm auf und im vorhergehenden Absatz den Artikel 155 als einen wichtigen bezeichnet, so kann man ihm nur beipflichten. Artikel 155 stellt tatsächlich eine Art Bodenreformprogramm dar, weil seine Entstehung und Fassung wesentlich vom „Bund Deutscher Bodenreformer" beeinflußt ist. Wenn dann Paul Hirsch sagt, der Artikel 155 stehe nicht etwa bloß auf dem Papier und u. a. als dessen Folge an das Reichssiedlungsgesetz erinnert, so muß gesagt werden, daß, wenn auch schon der Artikel 155 nicht, so doch aber das Reichssiedlungsgesetz vom 11. 8. 19 zunächst leider nur auf dem Papier steht und wohl auch nur auf dem Papier solange stehen bleiben wird, bis durch das Reich eine zentrale Stelle für das Siedlungs- und Heimstättenwesen geschaffen und mit weitgehendsten Befugnissen ausgestattet worden ist und nicht allerlei berufene und unberufene Stellen ziel- und planlos, glücklicherweise meistens nur auf dem Papier „siedeln". Diese Reichsstelle müßte die vornehmsten und grundlegenden Aufgaben in der Bekämpfung des Bodenwuchers und Schaffung eines gesunden Bodenrechts erblicken. Es ist dem Bodenreformer längst geläufig, daß ohne Beseitigung des Bodenwuchers der Kampf gegen die Wohnungsnot ein vergebliches Unternehmen sein wird. Auch Paul Hirsch sagt, daß in dieser Ansicht alle Sachverständigen übereinstimmen.

Ganz besonders beachtlich erscheint mir, was Paul Hirsch hinsichtlich der Gewährung öffentlicher Baumittel für Arbeiterwohnungen im Unternehmerinteresse und über die Herstellung von Arbeiterwohnungen durch Unternehmer für ihre Arbeiter, wenn Miets- und Arbeitsvertrag miteinander verbunden sind, sagt. Auch ich habe das erstere stets als unverantwortlichen Unfug und das andere als Gefährdung der politischen und sozialen Selbständigkeit empfunden.

Das, was Dr. S. Fürth in seinem Gutachten: „Die Bekämpfung der Bodenspekulation" über Aufhebung der Spekulationsursachen, Ausbau der Grundrentensteuer nach gemeinem Wert, Verstaatlichung aller Hypothekenbanken, Aufhebung des Warencharakters des Bodens usw. sagt, ist Bodenreform in Reinkultur.

Aus vorstehenden Gegenüberstellungen dürfte zur Genüge hervorgehen, daß die Hauptforderungen der Bodenreformer sehr wohl in aller erforderlichen Kürze Aufnahme im Parteiprogramm finden können, ohne sich im übrigen mit der „Bodenreform" zu identifizieren, wie „Normanus" sagt.

Paul Liepelt.

Vom Kriegsschauplatz in der U. S. P.

„Die Zerstörung beginnt", so überschreibt die „Freiheit". Redaktion die Bekanntgabe eines Schriftwechsels zwischen der Preßkommission und der Verlagsgenossenschaft der „Freiheit". Die Redaktion bezeichnet dann in einem Kommentar — nach dem Verlangen der Preßkommission ihre letzte Arbeit am Blatte — das Vorgehen als „einen unerhörten Eingriff in das Recht der Parteigenossen". Jenes Schreiben der Preßkommission lautet:

Berlin, den 5. Oktober 1920.

An die
Geschäftsleitung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit".

Auf Grund des Beschlusses der Preßkommission vom 30. September cr., beauftragen wir die Geschäftsleitung, nachgenannten Redakteuren mit der Maßgabe zu kündigen, daß sie mit Fertigstellung der Donnerstag-Morgenausgabe der „Freiheit" dieser Woche ihre Tätigkeit einzustellen haben.

Die in Betracht kommenden Redakteure sind:

Hilferding, Hertz, Liebschütz, Prager, Rabold, Seidel, Stein, Leid, Wielepp, Dahlke.

Im Auftrage:
Paul Schwenk,
Vorsitzender der Preßkommission.

Beschluß.

Die Preßkommission beschließt, daß die Neubesetzung der „Freiheit"-Redaktion sofort vorgenommen wird.

Am 30. September 1920 mit 12 gegen 8 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. P. Schwenk.

Die Geschäftsleitung antwortet darauf, daß sie dieses Verlangen nicht erfüllen wird, da die sofortige Neubesetzung der Redaktion eine noch gar nicht übersehbare finanzielle Belastung bedeuten würde und außerdem die „Freiheit" dann bis auf weiteres nicht erscheinen könne. Fernerhin beruft sie sich darauf, daß Aenderungen in der Besetzung der Redaktion nur in gemeinsamer Sitzung der Preßkommission, des Vorstandes und des Aufsichtsrates zulässig seien. Als Zeuge dafür tritt auch noch der Urheber der Bestimmungen über die Rechte der Preßkommission, Alfred Berger, auf.

Aber die „Freiheit"-Redaktion weiß selbst, wie wenig Eindruck ihre Berufung auf das geschriebene Blatt Papier bei Diktaturanhängern macht. Außerdem wird die Vergangenheit unheimlich lebendig vor ihren Augen. Gespenster stehen wieder auf, deshalb schreibt sie ahnungsvoll:

„Wie uns mitgeteilt wird, sind Gerüchte im Umlauf, nach denen die „Freiheit" gewaltsam besetzt werden soll. Wir wissen nicht, ob diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen. Das eine aber muß bei dieser Gelegenheit ausgesprochen werden: Es wäre der härteste Schlag, den das Proletariat erleiden würde, wenn der bisherigen Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft noch ein mit den rohesten Mitteln der Gewalt geführter Bruderkampf hinzugefügt werden sollte. Ueber einen

Butu Simba's Mission in Europa.

Eine Negergeschichte von H. Thurow.

41. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es war so finster, daß man nicht wußte, was in der Welt unten und oben war. Er hatte seine letzte Last Munition herbeigeschleppt. Die Begleiter verkrochen sich in einem Unterschlupf. Er hatte noch eine Kiste hereinzupedieren. In diesem Moment hatte er schon ein Bein über den Graben gestreckt und mit einem Schwung den anderen Fuß auf die Brüstung gehoben. Es war die vorgeschobenste Grabenlinie. Beim Aufspringen auf den Erdwall lockerte sich ein Stein und fiel in die Tiefe. Das mußte ihn verraten. So rasch es ihm bei der Dunkelheit möglich war, lief er in der Richtung gegen die französische Stellung dahin. Er kam in ein Baumgewirr, stolperte über abgeschossene Zweige und zerschürfte sich Gesicht und Hände. In wahnsinniger Aufregung stürmte er weiter, über Gräben und Verhaue. Er hatte vollständig die Orientierung verloren.

Da wälzte sich dröhnend ein schwarzes Gefährt heran. Die Zweige krachten unter ihm wie die Knochen eines dürren Skeletts. Es war Butu, als sprühe Feuer nach allen Seiten. Er wankte und holte wieder Atem. Dieses letzte Abenteuer mußte noch bestanden werden. Wenn sich alle Teufel in einen einzigen verschmolzen hatten, er mußte hindurch!

Wie er sich schon geborgen wähnte, knallte es ihm wie ein Peitschenschlag um die Beine. Dann wird es ihm finster vor den Augen.

Ein paar Männer beugten sich zu ihm nieder und schleppten ihn in Sicherheit.

„C'est un noricand" (es ist ein Schwarzer), sagten sie. Das Wort war ihm im Gedächtnis geblieben.

•

Es ging diesmal mit der Heilung nicht so schnell. Die wenigen Wochen, von denen die Schwester gesprochen hatte, wurden zu Monaten, und das Bein wollte nicht wieder marschfähig werden. Es waren gleich zwei Kugeln auf einmal ins Kniegelenk gefahren, was die Herren Chirurgen erst nachträglich entdeckten; auch wurden die Geschosse keineswegs mit der gleichen Schnelligkeit wieder hinausbefördert, mit der sie sich in Butus schwarzes Bein einlogiert hatten. Die Prozedur kostete den Aerzten sogar große Mühe und Butu große Schmerzen. Und da dieser trotz seiner nebelhaften Erinnerungen doch einigermaßen begriff, daß seine Verwundung von französischen Geschossen herrühre, knurrte er die Aerzte wütend an und nannte den einen, der ihm das Bein zu strecken versuchte, einen „Saukerl".

Zum Glück für Butu war der deutsche Wortschatz des Chirurgen nur gering, und diese Bezeichnung fehlte gänzlich darin. Der Doktor glaubte, daß der Patient in seiner Negersprache zu ihm rede.

Eines Morgens wurden Butus wenige Habseligkeiten zusammengepackt und er selbst in eine alte Chasseur d'Afrique-Uniform gesteckt. Er sei jetzt transportfähig, hieß es, und werde nach Marseille bedient.

Das Wort Marseille erweckte in Butu angenehme Erinnerungen. In Marseille waren sie gelandet und mit rauschendem Beifall empfangen worden. Dann hatte sich die gegenseitige Bewunderung freilich verloren, die Sympathien waren abgekühlt — eines Tages war ihnen im Kampf mit verteufelt windigen Gestalten die einzige aus Dumba mitgebrachte Trophäe entrissen worden!

Aber Marseille lag immerhin im Süden, der Heimat näher, und die Sonne prickelte fühlbarer durch die Kleider als im Norden, wo längst der Winter wieder alles mit eisigem Hauch umwallte.

In dem mit Verwundeten und Genesenden gefüllten Zug lag er an einer Seitenwand. Wenn er den Kopf aufstützte, sah er durch eine Ecke des Fensters ins Freie. Eine grautrübe Landschaft zeigte sich seinem Blick, die endlos mit dem Zuge zu wandern schien. Aber allmählich wurde sie heller und freundlicher. Grüne Flächen tauchten auf, Reihen von Olivenbäumen tanzten vorüber; es war, als ob mit jeder sich vorüberneigenden Baumkrone der Frühling den Heisenden seine Reverenz erweise.

Butu betrachtete die Welt mit Wohlgefallen, und wie er so den Blick am Horizont dahinschweifen ließ, durchzuckte ihn plötzlich das Gefühl einer fröhlichen Ueberraschung. Fern blaute das Meer, und aus der glänzenden Fläche erhob sich ein schroffer Gipfel: das erinnerte ihn an den Markisch, den er einst auf hoher Zinne aufgepflanzt hatte. Neue Kraft pulsierte in seinen Adern.

Nach ihrer Ankunft in Marseille wurden die Zuginsassen auf Lastautomobilen in die Hafengegend verbracht.

Der Transport bewegte sich durch Alleen und breite Straßen, an die sich Butu noch erinnerte. Er fuhr an einem Speiserestaurant vorüber, das er schon betreten hatte. Es war jenes Lokal, aus dem sie ihn und seine Landsleute hinausgeworfen hatten. Ein schmerzliches Lächeln ging über seine Züge.

Er wurde zunächst auf einem Spitalschiff verladen, von dem er glaubte, daß es ihn in den nächsten Stunden in die Richtung gegen die Heimat davontragen werde. Aber er harrte umsonst. Nach einigen Wochen erhielt er eine Krücke geliefert, die sich als zu kurz und zu schwach erwies. Bis er eine andere erhielt, verging eine weitere Spanne Zeit, denn die Angelegenheit konnte erst durch einen großen Aufwand von Tinte und das störendste Durcheinanderwirken vieler Instanzen erledigt werden. Dann zeigte sich noch die Notwendigkeit, das durch die Operation verkürzte Bein vermittels eines sehr dickohligen Schuhes etwas zu verlängern. Da aber Butus Fußdimensionen ohnehin über das Normalmaß hinausgingen, stellten sich auch hier Schwierigkeiten ein, die nur allmählich überwunden werden konnten.

Vom Schiff wurde er wieder ans Land gebracht. Er konnte nun mit Hilfe der Krücken ein wenig herumpumpeln. Man verbrachte ihn in eine Baracke, in der viele andere Verwundete ihrer Genesung oder Heimkehr harrten. Zwischen ihnen befanden sich Farbige aus allen Kolonien. Er sah sich prüfend unter ihnen um. Kein Landsmann kam ihm zu Gesicht. Niemand wollte etwas von seinen Gefährten wissen. Er versteifte sich jedoch auf sein Verlangen, genaue Nachricht über ihr Schicksal zu erhalten. Er faßte den höchst naiven Entschluß, sich nicht eher heimspedieren zu lassen, bis man ihm die ganze Wahrheit mitgeteilt hätte. Die „Massa" sollten ihm schon Rede stehen.

Als sich kein Vorgesetzter um ihn kümmerte, war er in sich gekehrt und verbissen. Den Anordnungen der Wärter fügte er sich nicht. Diese behandelten ihn bald als Querulanten und suchten ihn durch Schimpfreden und Arreststrafen zu bessern. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0002

Der deutsche Betriebsräte-Kongreß.

Zweiter Tag.

Berlin, den 6. Oktober 1920.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Schaumburg-Berlin eine Erklärung der U. S. P. und K. P. D.-Fraktionen gegen die gestrigen Ausführungen Aufhäuser's, die er im Anschluß an die Rede des Vertreters der russischen Delegation machte.

Graßmann erklärt, daß er sich in allen Teilen den Ausführungen Aufhäusers anschließt, der nur die Würde der deutschen Gewerkschaften gewahrt habe.

In einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, die sich an diese Erklärungen anschließt, wird von radikaler Seite gegen die „Vergewaltigung von Gästen" protestiert.

Ein Vertreter aus Westdeutschland ermahnt die Delegierten, den Kongreß nicht als Kasperletheater, sondern als schaffendes Parlament zu betrachten und danach zu handeln.

Schramm-Hamburg verwahrt sich gegen die Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der deutschen Gewerkschaften und weist darauf hin, daß den Russen bereits in Hamburg ein würdiger Empfang bereitet worden ist.

Auf Anregung Graßmanns wird unter minutenlangen Lärmen der Opposition die Debatte geschlossen.

Nach einer Ermahnung des Vorsitzenden zur positiven und beschleunigten Arbeit entsteht sofort eine neue Geschäftsordnungsdebatte, in der Brecht-Berlin beantragt, die beiden Vorsitzenden Graßmann und Aufhäuser durch andere zu ersetzen, da sie nach seiner und seiner Freunde Meinung nicht objektiv genug sind.

Drei Anträge auf Schluß der Debatte und Uebergang zur Tagesordnung finden genügend Unterstützung.

Schwind-Berlin, der gegen diese Anträge spricht, bezeichnet den Kongreß als einen von Gottes- und Gewerkschaftsbonzen-Gnaden zusammengetrommelten, der keinen Anspruch darauf hat, als Vertretung der Arbeiterschaft zu gelten. Diese Worte lösen einen ungeheuren Tumult bei der Mehrheit des Kongresses aus.

Die Anträge auf Schluß der Debatte werden gegen 30 Stimmen angenommen. Abgelehnt wird der Antrag auf Neuwahl der Leitung.

Neuer Lärm entsteht, als Graßmann die Zuhörer auf der Galerie bittet, sich des Charakters des Gastrechtes bewußt zu sein.

Eine Erklärung vieler Anhänger der U. S. P. protestiert dagegen, daß hier Erklärungen in ihrem Namen abgegeben werden.

Vors. Graßmann teilt mit, daß eine Deputation des Reichsarbeitslosenrats erschienen ist, die im Namen der Arbeitslosen im Reiche eine stimmberechtigte Vertretung verlangt. Sollte der Kongreß diesem Verlangen nicht nachkommen, so würde wahrscheinlich eine Demonstration der Berliner Arbeitslosen vor oder in dem Lokal stattfinden. Redner schlägt vor, einem Vertreter des Reichsarbeitslosenrats das Wort zu geben. Nach kurzer Debatte erhält der Vertreter des Reichsarbeitslosenrats Schmidt das Wort. Er schildert die Lage der Arbeitslosen und bittet den Kongreß, sich der Arbeitslosenbewegung anzunehmen.

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, über die Arbeitslosenfrage gleichzeitig mit den Referaten und Hilferdings zu diskutieren.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ist der Kongreß von 955 Delegierten beschickt, die 65 Organisationen angehören. Mit Ausnahme des Mandats Grune-Magdeburg werden alle übrigen für gültig erklärt.

Dann tritt der Kongreß in die Diskussion über die gestern gehörten Referate ein.

Hatjo-Hamburg kritisiert sehr scharf die im Eisenbahnbetrieb immer noch herrschende Bürokratie, die durch ihre falsche Verwaltungspraxis ein groß Teil Schuld an dem 17 Milliarden-Defizit trägt. Angesichts dieser die Volkswirtschaft schädigenden Tätigkeit muß energisch ein größeres Kontollrecht der Betriebsräte gefordert werden. Auf die leitenden Posten in der Verwaltung gehören Volkswirtschaftler und keine Juristen. Die Doppelexistenzen in den Reichsbetrieben müssen im Interesse der Arbeitslosen verschwinden. Die starren Staatsgesetze, die dem noch vielfach entgegenstehen, müssen den volkswirtschaftlichen Verhältnissen und Interessen angepaßt werden.

Steiner-Berlin weist vor allem auf die Erziehungspflichten der Betriebsräte hin und fordert im Zusammenhange damit eine gründliche Schulreform und die Schaffung von Lehrwerkstätten für den gewerblichen Nachwuchs.

Alsdann gelangt eine große Anzahl von Anträgen zur Verlesung, die u. a. fordern: Ablehnung jeder Förderung der „korrumpierten Idee der Arbeitsgemeinschaften" — Einbringung eines neuen und besseren Betriebsrätegesetzentwurfes durch die Gewerkschaften an die Reichsregierung — Kampf um die Durchführung der Produktionskontrolle und Vorbereitung eines Generalstreiks zur Erreichung dieses Zieles — sofortige Sozialisierung und entschädigungslose Enteignung des Bergbaues nach dem Vorschlag 1. der Sozialisierungskommission.

Vors. Graßmann teilt dann mit, daß die vor dem Kongreßlokal demonstrierenden Arbeitslosen sich nicht damit zufrieden geben, daß ihre Vertreter nur beratende und nicht beschließende Stimme haben. Er fragt den Kongreß, ob er diesem Drucke weichen wolle. Es wird beschlossen, den Forderungen der Arbeitslosen nachzukommen. Weiter beschließt der Kongreß, eine Kommission einzusetzen, die die einlaufenden Anträge zu prüfen hat.

In der fortgeführten Debatte fordert Katz-Berlin eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten und die Einsetzung eines Reichsbetriebsrates, der die ungeheuren Kapitalverschiebungen ins Ausland verhindern soll.

Zur Geschäftsordnung erhält Müller das Wort, der zur größten Ueberraschung mitteilt, daß das Kriegsrestlokal durch Sipo-Beamte vor den Arbeitslosen „geschützt" wird. Er fordert sofortige Entfernung der Polizei. Brolath, Graßmann und Dißmann stellen fest, daß die Polizei nicht von der Kongreßleitung gerufen worden sei und auf Grund von Verhandlungen bereits den Rückzug angetreten habe. Ein Vertreter der Landarbeiter führt die Ernährungsschwierigkeiten in der Hauptsache zurück auf den Mangel an künstlichen Düngemitteln und die bewußte Sabotage der Landwirte. Er fordert Ausdehnung des Kontrollrechts und größeren Schutz der Betriebsräte. — Nach weiteren unwesentlichen Ausführungen tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wird die Diskussion bald durch einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte beendet. Nach sehr ausgedehnter Debatte wird dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Im Anschluß daran begründet Schmidt vom Reichsarbeitslosenrat die Forderungen der Erwerbslosen, die in einem Antrage niedergelegt sind. Aufhäuser betont, daß Versprechungen an die Erwerbslosen nur dann gemacht werden können, wenn der Kongreß einmütig seinen Willen zur Macht bekundet. Er bittet diesen Antrag gleich den anderen der während der Vormittagssitzung eingesetzten Kommission zu überweisen.

Es folgen dann die Schlußworte der beiden Referenten, die angesichts der Tatsache, daß kein Redner gegen sie Widerspruch erhoben hat, sehr kurz sind. Wissell nahm besonders die Betriebsräte, die Massen der deutschen Arbeiterschaft, die wirtschaftliche Erkenntnis einzuhämmern, die notwendig ist, um unsere Wirtschaft zu sozialisieren und die leider noch in so hohem Maße vermißt wird. Hilferding empfiehlt zunächst die Annahme einer Resolution die den russischen Arbeitern die Sympathie des Kongresses ausspricht und zur Unterstützung ihres Kampfes die Einstellung jedes Munitionstransportes nach Polen fordert. Er betont dann nochmals die Notwendigkeit einer geschlossenen Front der Arbeiterschaft und legt kurz seine prinzipielle Stellung gegen die Arbeitsgemeinschaften klar.

Zur Annahme gelangt dann ein Antrag Wissell, der die Sozialisierung der reifen Wirtschaftszweige und Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter in den übrigen Produktionszweigen verlangt. Aus Objekten der Wirtschaft sollen die Arbeiter Subjekte der Wirtschaft werden. Die proletarische Bewegung kann nur dahin gehen, das Verfügungsrecht über die Produktion zu erringen.

Ferner wird eine Entschließung Hilferding angenommen, in der gefordert wird, daß die Betriebsräte und Gewerkschaften im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Verwirklichung der Sozialisierung konzentrieren. Insbesondere wird es für notwendig gehalten, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampfe für die Sozialisierung des Bergbaues dieses Ziel durchzuführen.

Einstimmig zur Annahme gelangt weiterhin eine Entschließung, die die Kundgebung für das kämpfende russische Proletariat zum Ausdruck bringt und die Bestimmung über die Transportkontrolle enthält.

Ein Vertreter der Arbeitslosen verlangt Abstimmung über die Anträge der Arbeitslosen und verwahrt sich gegen deren Ueberweisung an den Beirat.

Zu einer recht stürmischen, teilweise durchaus unparlamentarischen Debatte kommt es sodann, als ein Teil der Kongreßmitglieder zu Punkt drei der Tagesordnung (Aufbau und Aufgabe der Betriebsräte) die Zulassung von Korreferenten verlangt.

Nach einviertelstündiger Diskussion wird der Antrag auf Zulassung von Korreferenten angenommen. Sodann finden noch eine ganze Anzahl von Anträgen zur Geschäftsordnung ihre Erledigung.

Gegen 6 Uhr vertagt sich die Konferenz auf Donnerstag, 8 Uhr morgens.

Berichtigung: Im Bericht über die Mittwochs-Sitzung muß es heißen anstatt „Schlaws-Hamburg" Schramm-Hamburg.

---

etwaigen vorübergehenden Erfolg hinaus würde dem gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse, der Bourgeoisie, daraus nur ein neuer Triumph erwachsen!"

Was soll dieses Flennen und wie nimmt es sich in den Spalten der „Freiheit" aus? Sie ist ja erst durch ein solches Vorgehen groß geworden und will nun den Moralischen spielen, da sich ihre eigene Taktik gegen sie selbst richtet. Die Taktik der Zerstörung hat sie selbst ausgebildet und diese Schuld rächt sich nun an ihr. —

Doch was den Kommunisten in Berlin nicht geglückt ist, ist ihnen in Stuttgart um so besser gelungen. Die Spaltung der Landeskonferenz haben wir unseren Lesern schon mitgeteilt. Ein neuer kommunistischer Vorstand wurde gewählt. Das Zentralkomitee protestierte mit folgendem Telegramm gegen dieses Vorgehen:

„Zentralkomitee der U. S. P. D. erkennt die Neuwahlen der Rumpflandesversammlung im Schwabenbräu zum Landesvorstand nicht als rechtmäßig erfolgt an. Für uns kommt nur alter Landesvorstand in Betracht.

Zentralkomitee."

Das hat natürlich für die neuen Männer nichts zu sagen. Sie meinen, „mit erfrischender Klarheit ist auf der Landesversammlung der U. S. P. Württembergs die Scheidung zwischen dem opportunistischen und revolutionären Flügel der Partei erfolgt". Sie besetzten die Redaktion mit ihren Vertretern noch in der Nacht vom Sonntag zum Montag, und mit Hilfe des technischen Personals wurden die bisherigen Redakteure ausgemietet. Diese haben sich nun in Gesellschaft des alten Landesvorstandes in die Druckerei des Hauptvorstandes des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" zurückgezogen und geben dort gedruckte Mitteilungen heraus.

Zur Verschärfung des Konfliktes in Stuttgart hatte wesentlich beigetragen, daß die Verteilung der Mandate zum Parteitag nicht nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen beider Richtungen erfolgen sollte, sondern einseitig nur die Moskaujünger berücksichtigte. Ueberhaupt scheint man zweierlei Methoden bei der Verteilung der Mandate anzuwenden. Verhältniswahl, da, wo es für die Moskauanhänger ratlich ist, keine Verhältniswahl, dort, wo sie meinen, in Verfolgung ihrer Absichten keinen energischen Widerstand zu finden. An manchen Orten sehen sich darum die Gegner der Moskauer Bedingungen genötigt, mit ihren Mitteilungen in die Blätter unserer Partei zu flüchten. So in Hamburg, wo sie im „Hamburger Echo" eine größere Annonce veröffentlichen, so auch hier in Halle. Eine Würdigung der hallischen Vorgänge findet der Leser im lokalen Teil.

Die Umbildung der preußischen Polizei.

Am 4. Oktober hat der preußische Minister des Innern, Gen. Severing, einen Erlaß herausgegeben, der die Umbildung der Polizei in Preußen anordnet. Als Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages in Verbindung mit der Note der alliierten Mächte vom 22. Juni 1920 und dem Protokoll von Spa vom 9. Juli 1920 wird die Sicherheitspolizei mit dem 6. Oktober 1920 aufgelöst; gleichzeitig wird die bisher bestehende Polizei, die in ihrem Wirkungsbereich örtlich begrenzt ist, eine Verstärkung erfahren, bei der die Beamten, die bisher der grünen Sicherheitspolizei angehörten, Verwendung finden können und werden. Die Polizei wird in ihrem inneren Aufbau, ihrer Stärke, Art der Bewaffnung und Unterbringung den Erfordernissen unserer Zeit entsprechen. Die Zuständigkeit der Polizeibehörden beschränkt sich lediglich auf den örtlichen Bereich, die Regierungspräsidenten sind Landespolizeibehörde, das Ministerium des Innern die Zentralinstanz.

Der Plan der Vereinheitlichung des in Preußen so zerrissenen Polizeiwesens ist durch diesen Erlaß wesentlich gefördert worden. Es gibt nunmehr nur noch eine, nach einheitlichen Gesichtspunkten organisierte Polizeipolizei, deren Beamtenschaft teils in geschlossenen Verbänden, teils im Einzeldienste Verwendung findet. Die gesamte Sicherheitspolizei im Sinne des § 10 II. 17 des Allgemeinen Landrechts soll demnächst verstaatlicht werden. Zunächst wird im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nach dieser Richtung vorgegangen werden. Eine Verstaatlichung sicherheitspolizeilicher Aufgaben im ganzen Lande soll jedoch nicht sofort in Angriff genommen werden, vielmehr erst nach und nach auf Grund einer Ermächtigung durch das neue Polizeigesetz. Dabei sollen grundsätzlich wesentliche Teile der Polizei (Gewerbe-, Markt-, Bau- usw. Polizei), kurz alle polizeilichen Gebiete von rein örtlicher Bedeutung, den Gemeinden überlassen bleiben.

Die Neuregelung vom 4. Oktober gibt den Rahmen und die Möglichkeit zur weiteren zweckmäßigen Ausgestaltung des Polizeiwesens in Preußen. Da der ministerielle Erlaß zunächst nur die Erfüllung der Ententenote vom 22. Juli über die geforderte Auflösung der Sicherheitspolizei im Auge hat, ist die Landjägerei nicht erwähnt. Aus demselben Grunde ist die Einbeziehung der Landesgrenzpolizei in die Einheitspolizei, der Ausbau der Kriminalpolizei, sowie die Beseitigung der vielen anderen zurzeit noch bestehenden Polizeiorganisationen nicht erwähnt. Die Durchführung dieser Pläne in der Umgestaltung des Polizeiwesens wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, allerdings nur schrittweise zunächst erfolgen können, da umfangreiche Vorarbeiten noch erledigt werden müssen.

Die Stärke der Polizeibeamten wird 85 000 Mann betragen. Außerdem sind in Preußen 9100 Landjäger (Gendarmen) vorhanden. Von diesen erhält die Provinz Sachsen 8800, davon der Regierungsbezirk Merseburg 3975, Magdeburg 2170, Erfurt 2715.

Feine Nuancen. Die deutschnationale „Post" bringt in derselben Nummer zwei Notizen über Gasvergiftungen. Die erste betrifft zwei galizische Einwanderer und wird unter der ständigen Ueberschrift: „Unsere galizischen Gäste" gebracht. Die zweite lautet: „Tödlicher Unfall eines bulgarischen Studenten". Das antisemitische Hetorgan vermag also auch selbst nach dem Tode nicht ihre gehässige unterschiedliche Behandlung zwischen armen galizischen Juden und bulgarischen Studenten zu unterlassen.

Offiziere als Fachleute im Preußenhaus. Der „Nationalverband Deutscher Offiziere" und der „Verband nationalgesinnter Soldaten" haben den General der Infanterie von Dickhuth-Harrach als „ersten hervorragendsten Kandidaten" für die Wahlen zur Preußischen Landesversammlung vorgeschlagen. Die „Deutsche Zeitung" fordert im Anschluß an diese Meldung zur Wahl von Offizieren auf. Da gerade dieses Blatt an der Spitze derer steht, die fortgesetzt den Ruf nach Fachleuten erschallen lassen, möchten wir in aller Bescheidenheit fragen, in welcher Weise und bei welcher Gelegenheit die deutschnationalen Offiziere im preußischen Parlament ihre Fachkenntnisse verwerten wollen; sintemalen wir nur noch eine Reichswehr haben und keinen preußischen Kriegsminister mehr.

Bolschewistische Arbeitsfreiheit.

Wie es mit dem Grundrecht — der Freizügigkeit — in Sowjet-Rußland aussieht, das zeigt ein Beschluß, den der IX. Kongreß der bolschewistischen Partei Rußlands im April 1920 zu Moskau gefaßt hat und dem wir einer in Wien erschienenen Sammlung der Kongreß-Beschlüsse (Verlag der Arbeiterbuchhandlung) entnehmen. Er lautet:

XV. Arbeitsdesertion.

In Anbetracht dessen, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter, auf der Suche nach besseren Verpflegungsbedingungen, nicht selten, aber auch zu Zwecken der Spekulation, eigenmächtig die Unternehmen verläßt und von einem Orte an den anderen übersiedelt, wodurch der Produktion weitere Schläge zugefügt werden und die allgemeine Lage der Arbeiterklasse verschlechtert wird, sieht der Kongreß eine der dringendsten Aufgaben der Sowjet-Macht und der Gewerkschaftsorganisationen im planmäßigen, systematischen, beharrlichen, strengen Kampfe mit der Arbeitsdesertion, im besonderen durch Veröffentlichung von Strafliste der Deserteure, durch Schaffung von Strafarbeitskommandos aus Deserteuren und endlich durch Einsperren der Deserteure in ein Konzentrationslager.

Der Arbeiter, der sich eine bessere Arbeitsstelle zu suchen wagt, wandelt hinter Stacheldraht! Das ist der „Idealzustand" für das Proletariat.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die erste Generalversammlung des Völkerbundes.

London, 7. Oktober. Der Völkerbundsrat hat nunmehr Einladungen an seine Mitglieder und an Amerika für die erste Generalversammlung der allgemeinen Konferenz ergehen lassen, die am 20. Januar in Barcelona zusammentreten soll, um die Verkehrsfragen zu regeln. Die Tagesordnung umfaßt den Plan der Gründung eines ständigen Organismus sowie die Ausarbeitung allgemeiner Abkommen über das internationale Regime der Eisenbahnen, Schiffahrtslinien, der Häfen und des Durchgangsverkehrs.

Das Ende der Feindseligkeiten.

Kowno, 7. Oktober. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Auf Veranlassung der Interalliierten Kontrollkommission in Suwalki hat die polnische Heeresleitung die Operationen gegen die litauischen Grenzschutztruppen am 6. Oktober 10 Uhr vormittags eingestellt. Die polnische Delegation erklärte sich bereit, die von den Litauern geforderte Curzonlinie vom 8. Dezember 1919 als Demarkationslinie anzuerkennen. Demgemäß verläuft die polnische Grenze längs dem Njemenfluß bis Uciena südlich von Marcinkanze, sodann östlich bis Bastuny, wobei Marcinkanze und der Flecken Orany den Litauern verbleiben, jedoch die Eisenbahnstation Orany an die Polen fällt. Diese beanspruchen die Eisenbahnlinie Suwalki—Olita für ihre militärischen Transporte. Die Verhandlungen in Suwalki werden in Gegenwart der interalliierten Schiedsgerichtskommission fortgesetzt. Auf litauischer Seite erhofft man eine gütliche Beilegung des Konfliktes, befürchtet jedoch für später einen neuen polnischen Angriff. Die interalliierte Kommission wird sich nach der litauischen Hauptstadt Wilna begeben, wohin bereits alle Ministerien übergesiedelt sind.

Litwinow kehrt nach Rußland zurück.

Christiania, 7. Oktober. (Havas.) Litwinow hat gestern Christiania verlassen, um sich über Stockholm nach Reval zu begeben.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftsleben Paul Tümel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lange; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil R. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle Gr. Ulrichstr. 27.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Unter Vereinsanzeiger sollen alle Veröffentlichungen aus dem Vereinsleben, auch Todesanzeigen, gebracht werden.

Delitzsch. Am Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale des „Schützenhauses" eine **öffentliche Versammlung** statt, in der Genosse Dr. Graf, Leipzig, über **„Demokratie oder Diktatur"** sprechen wird. Genossen und Genossinnen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung! Keiner darf fehlen!
Der Vorstand.

Naumburg. Sonntag, den 10. Oktober, abds. 7 Uhr, im „Schützenhaus" **Mitgliederversammlung.** Gen. Müller-Halle, spricht über den neuen Programmentwurf. Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Radpitz-Schkeuditz. Sonnabend, den 9. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Landhaus", Radpitz: **Mitgliederversammlung.** Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder, auch der Frauen. Freunde willkommen.
Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Weißenfels

Magermilchverkauf.

Die Ausgabe der Magermilch findet von Montag, den 11. d. Mts. in der Zeit von

9½ bis 10½ Uhr vormittags

wie folgt statt:

1-Liter-Karten:

Montag	die Nummern	1— 500
Dienstag	„ „	501—1000
Mittwoch	„ „	1001—Schluß.

¾-Liter-Karten:

Donnerstag	die Nummern	2501—3050
Freitag	„ „	3051—3600
Sonnabend	„ „	3601—4150
Sonntag	„ „	4151—Schluß.

Der Verkauf findet in der hiesigen Molkerei statt

Bei Empfang der Magermilch ist die Kartennummer vorzuzeigen und der abgeschnittene Wochenabschnitt abzuliefern.

Weißenfels, den 8. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Sprechzeiten

in dem vom Stadtarzt geleiteten Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt Weißenfels,

1. Tuberkulosefürsorgestelle:

für Männer: Montags 5—6 Uhr
für Frauen: Freitags 5—6 Uhr
für Kinder: Mittwochs 4—5 Uhr.

2. Säuglingsfürsorgestelle:

täglich außer Sonnabends 2—4 Uhr
Montags und Donnerstags findet ärztliche Untersuchung und Beratung statt.

3. Beratungsstelle für Geschlechtskranke:

für Männer: 6—7 Uhr jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat,
für Frauen: 6—7 Uhr jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat.

4. Schulpflege:

für Schulkinder und deren Eltern täglich 11—12 Uhr.

Alle unter 1—4 genannten Wohlfahrtssprechstunden werden Kleine Deichstraße Nr. 4, eine Treppe, abgehalten.

5. Sprechzeit des Stadtarztes:

in allen besonderen Angelegenheiten im Amtszimmer des Stadtarztes, Beuditzstraße 21, 1 Treppe, täglich 11—12 Uhr.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle, die die Wohlfahrtseinrichtungen in Anspruch nehmen wollen, sich zu den festgesetzten Zeiten einfinden müssen, um Störungen zu vermeiden.

Weißenfels, den 5. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Verlegung der Diensträume des Stadtarztes.

Die Diensträume des Stadtarztes befinden sich von jetzt ab im Grundstück

Beuditzstraße Nr. 21, I. Geschoß.

Sprechzeit des Stadtarztes **täglich von 11—12 Uhr.**

Die Sprechzeiten der vom Stadtarzt geleiteten Wohlfahrtseinrichtungen **werden** durch besondere Bekanntmachung veröffentlicht.

Weißenfels, den 5. Oktober 1920.

Der Magistrat.

Einladung zum Abonnement.

Parteigenossinnen! Arbeiterinnen! Arbeiterfrauen!

Eure Zeitschrift ist

Die Gleichheit

Mit den Beilagen:
Für unsere Kinder. — Die Frau und ihr Haus.
Die „Gleichheit“ erscheint wöchentlich.

Die **„Gleichheit“** ist das Kampforgan der um Befreiung ringenden Frau. Vom Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus nimmt sie in ihren **wöchentlichen** Ausgaben Stellung zu allen öffentlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen der Gegenwart unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der Frau. Durch ihre Nachrichten über die politischen Vorgänge in Reich, Staat und Gemeinde ist sie das unentbehrliche Informationsorgan der politische Aufklärung suchenden Frau. Durch Berichte aus der Frauenbewegung, besonders der proletarischen, ist die **„Gleichheit“** das geistige Bindeglied der **sozialdemokratischen Frauen** Deutschlands u. der Internationale.

In ihren beiden Beilagen bringt sie alles Wissenswerte für die Arbeiterfrau als Mutter und Hausfrau.

Arbeiterinnen! Parteigenossinnen! Lest Euer Blatt!

Preis monatlich **1.20 Mk.**, Einzelnummer **30 Pf.** Durch die Post bezogen vierteljährlich ohne Bestellgeld **3.60 Mk.** — Unter Kreuzband **4.25 Mk.**

Bestellschein.

Ich bestelle .... Exemplar

„Die Gleichheit“

Name: ....

Ort: ....

Str. u. Hausnummer: ....

Bruchbänder, Geradehalter, Vorfallbandagen, Suspensorien, Wandernierenbandagen, Nabelbruchbänder, Gummistrümpfe, Plattfusseinlagen, Leibbinden und sämtliche Artikel zur **Kranken- u. Wöchnerinnenpflege**

Reparaturen aller Art in kürzester Zeit.

Speer, Halle, Gr. Ulrichstr. 63 gegenüber Arnold & Troitzsch Fernsprech. 4599.

Krankenkassenlieferant.

Für die kalte Zeit

Knaben-Kleidung

in bekannter Preiswürdigkeit.

Schul-Anzüge aus kräft. Stoff von 77 Mk. an
Schul-Anzüge gestrickt
Pyjacks blau . . . . . von 34 Mk. an
Pyjacks farbig . . . . . von 63 Mk. an
Paletots und Ulster
Winterjoppen
Sweaters, Sweater-Anzüge
Leibchenhosen, Kniehosen
Unterzieh-Anzüge
Strümpfe — Handschuhe
Knaben-Stiefel

S. Weiss, Leipzigerstr. 105/6 am Markt.

Noch immer auffallend billig

sind meine Schuhwaren
aber trotzdem **sehr gut in Qualität und Ausführung.**

Ueberzeugen Sie sich durch Ansicht meines Fensters

Ich bringe als besonders **empfehlenswert:**

Damen-Schnür-Halbschuh — 98,50
Lederfutter, Lederbrandsohle, moderne Formen . . 36/42

Burschen- und Fräuleinstiefel — 148,50 / 158,50
prima Rindbox, 36/39, oder Boxcalf, Lederbrandsohle ganz solide Ware . . . .

Damen-Stiefel — 148 / 158 / 168
Ross-Chevreaux, hoher Schaft, Lederbrandsohle guter Strassenstiefel auch mit Lack . . . .

Herren-Fahlleder-Rindstiefel — 167,—
ohne Futter, sehr dauerhaft, zum strapazieren geeignet

Herren-Rindbox-Stiefel — 179,—
prima Verarbeitung, Rosslederbrandsohle, streng solides Fabrikat, moderne Ausführung

Einzelpaare in allen Gattungen sehr preiswert.

Schuhhaus Roland

Steinweg 19, gegenüber Jacobstrasse.

Auf Kredit!

Anzüge, Ulster, Möbel.

Küchen, Schlafzimmer, einzelne

Leichte Zahlungsbedingungen.

Carl Klingler, Leipziger Straße 11 nur 1 Treppe, Eingang Sandberg.

Kurt Litzenberg
Abt. Verkaufsstelle
Gr. Steinstr. 11
Telefon 4025.

Eigene Erzeugnisse in Beleuchtungskörpern, Kochern, Plätten, Oefen in großer Auswahl billigst.

Verein f. Feuerbestattung in Halle a. d. S. u. Umgegend e. V.
Mitgliederzahl etwa 1560. Jahresbeitrag 5 Mk.
Wir unterstützen unsere Mitglieder bez. deren Angehörige mit Rat und Auskunft in allen Fragen der Einäscherung und zahlen zu den Einäscherungskosten je nach der Dauer der Mitgliedschaft **M. 30.— bis M. 100.— Zuschuss.** Anmeldungen neuer Mitglieder, sowie Anfragen aller Art sind jetzt zu richten an den Vorstand, Forsterstr. 57, Fernruf 3817. **Der Vorstand.**

Wir haben einen großen Posten dünnen **Papier-**

Bindfaden

im ganzen oder kiloweise preiswert abzugeben.

Verlag Volksstimme G. m. b. H.,
Gr. Ulrichstr. 27. Fernr. 5407.

Achtung! Steuerabzug!

Datumsstempel zum Entwerten von Steuermarken, Invalidenmarken usw. sowie auch alle anderen Stempel liefert prompt und preiswert die

Buchhandlung der Volksstimme.

Schlafzimmer und Küchen Wohn-, Herren- u. Speisezimm.

auch einzelne Möbel empfiehlt

H. Bergmann
Inh.: A. Ebeling
Möbelfabrik u. Magazin,
Halle (S.), Fleischerstr. 30/31

Nur kein Neid!

Ich zahle für

Kanin . . . . Stück bis **5** Mk.
Ziegenfelle . „ „ **50** „

Nehme auch zum Zurichten an.
Gerbe auch zu Fensterleder.

E. Günther, Graseweg 8.

Bruno Jäckel,
Dentist,
Schwetschkestr. 31.
Sprechstunden 9—12 und 2—6 Uhr.
Behandlung kranker Zähne und künstlicher Zahnersatz.
16. Fachtätigkeit.
Mässige Preise.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radiumhalt. Schmiedebg. Moor- u. medizinischen Bäder.

Wo? bekommen Sie für wenig **Geld** einen gutsitzenden **Anzug und Paletot?** Nur bei
O. Heimsath & Sohn,
Steg 19.

Sämtliche
Wäscheartikel,
Damen- und Kinder-Paletots,
Blusen, Kostümröcke, Knaben-Anzüge.
Kleiderstoffe
Pelz-Waren
sowie
Möbel
auch auf Teilzahlung
Friedrich Gronau,
Barfüßerstraße 16.

Eine für jeden Arbeiter u. Angestellten erschwingliche Ausgabe sind die preiswerten und guten Bände der

„Bibliothek aller Völker“

von nur guten Schriftstellern:

Bd. 1. **Theodor Storm,** Immensee,
Bd. 2. **Leo Tolstoi,** Die Kreuzersonate,
Bd. 3. **Honoré de Balzac,** Die Geheimnisse der Prinzessin Cadiona.
Bd. 4. **Adalbert Stifter,** Der Hochwald.
Bd. 5. **Björnstjerne Björnson,** Absaloms Haar,
Bd. 6. **Theodor Storm,** Der Schimmelreiter.

Jeder Band nur M 2.20.

Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstr. 27.

Mutterschutz!

Sorgenfreie Ehe. Verlangen Sie im eigensten Interesse umsonst Prospekt Nr. 13 von **P. Schwärecke, Hettstedt.**

Frische Seefische
Feinste Voll-Fett-Bücklinge
Karl Pfeiffer,
Neumarktfischhalle,
Geisstr. 33. Tel. 6658.

Dauerhafte Portemonnaies
in prima Leder u. jeder Ausführung sehr preiswert
H. Krasemann
nur
Schmeerstr. 19.

In keinem
Arbeiter-Haushalt
sollte die
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
von Dr. med. Zadeck
fehlen.

Preis für jedes Heft 1.45 Mk.

Verlangen Sie Verzeichnis.

Buchhandlung der
Volkstimme
Gr. Ulrichstraße 27.

Reparaturen an Uhren übernimmt bei solid. Ausführ. zu normal. Preis.
H. Lerner,
Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Stadt-Theater

Sonnabend, d. 9. Okt., Anfg. 7½, Ende 10 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Sonntag nachmittag: Dr. Klaus.
Sonntag abend: Fra Diavolo.

Gr. Gosenstr. 12

B. T. **Henny Porten** **B. T.**

3-Akter Zyklus-Lustspiel Gräfin Küchenfee.

Viggo Larsen. 4-Akter
Vornehmes Detektivdrama.

Wochentags 6 Uhr. **Sonntags 3 Uhr.**

Dr. Eduard Stadtler

spricht

am Sonntag, 10. Oktober,

vorm. ½11 Uhr,

am Donnerstag, 14. Oktober

abends ½8 Uhr

Saalschloßbrauerei

Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

Näheres Plakate.

Die große Lebensmittel-Firma

Max Schultze,

Halle a. S., Moritzzwinger 3,

giebt noch ab:

Reis	Pfund 5.00	4.50	Mk.
Holländische Bohnen	Pfund	2.30	„
Linsen, große	„	5.00	„
Haferflocken	„	2.20	„
Margarine mit Geschenken . . .	„	12.00	„
Kunstspeisefett	„	13.50	„
Thüringer Leber- und Rotwurst	„	24.00	„
Mettwurst und Bratwurst . . .	„	26.00	„
Neues Pflaumenmus	„	4.50	„
Große Heringe	Stück	—.70	„

Kolossal billig!

Freitag u. Sonnabend eintreffend:

Große engl. Voll-bücklinge das Pfd. nur **640 Pf.**

die Kiste mit 5 Pfd. Inhalt nur 29.50

Sonnabend 1 Ladung Seefische.

Nordsee, Gr. Ulrichstraße 58.
Telefon 1275 und 1274.

Wieder eingetroffen:

Tabak ½ Pfund zu 10.00 Mk.

Tabakhaus Weissenfels a. S.
Gr. Burgstraße 13/15
(neben Burgkaffee).

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführnng zu mäßig. Preisen
Gottfr. Schraut,
Uhrmacher
ur Schmeerstr. 4

Stellen finden

Tüchtige
Hosenschneider
stellt ein
S. Weiss.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden und Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der
Dampf-Waschanstalt Halloria
Spezialität:
Naß- u. Rollwäsche nach Gewicht
Marienstrasse 2
Telephon 5692.
2 Minuten vom Bahnhof entfernt.
Telephon 5692.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Sämtliche Beamte der S. P. D. versammeln sich am Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus. Vortrag über den Ausbau der Beamtenorganisation der Partei. Da auch noch einige Wahlen vorzunehmen sind, ist das Erscheinen aller Mitglieder der Beamtengruppe dringend erforderlich. **Der Werbeausschuß.**

1., 2. und 4. Distrikt. Am Freitag, den 8. Oktober, abends ½8 Uhr im Restaurant Reichert, früher Meier, Mansfelder Straße, Ecke Hafenstraße, Distriktsversammlung. Es ist Pflicht jedes Parteimitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.

Preußische Landesversammlung.

164. Sitzung. Donnerstag, den 7. Oktober 1920.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der Vorlage betreffend Abänderung des Gesetzes über Groß-Berlin.

Abg. **Kilian** (U. S.): Wer den Anträgen der Bürgerlichen zustimmt, beteiligt sich an dem Attentat einer frechen Behandlung der Grundrechte des Volkes. (Stürmische Zustimmung bei den U. S. — Große Unruhe. — Vizepräsident Frentzel rügt die Bemerkung des Redners.) Auch das freie Wahlrecht ist in Gefahr. (Gelächter.) Die Massen werden gegen dieses unerhörte Vorgehen aufmarschieren. (Großer Lärm.) Dieses Gesetz ist ein Ausnahmegesetz gegen die Kulturarbeit der Sozialdemokratie. (Gelächter.) Es ist ein Schauspiel für Götter. (Rufe: Ihrer Ablesung zuzusehen!) Die Demokraten rücken immer weiter nach rechts. Wenn die Anträge nicht abgelehnt werden, werden Sie (zu den Bürgerlichen) noch schöne Tage erleben. Das Maß ist voll. (Gelächter bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. **Heilmann** (Soz.): Die erste offizielle Rede der kommunistischen Fraktion ist eben in diesem Hause gehalten worden. Wenn der Herr Vorredner meint, daß es mir leid täte, daß meine Berliner Genossen mit den Unabhängigen gemeinsam Kommunalpolitik getrieben hätten, so irrt er sich. Ich mache immer gern vernünftige Politik, ich mache sie besonders gern mit den Unabhängigen — was ich bedauert habe, ist, daß die Unabhängigen unsere Genossen zu gewissen Fehlern gezwungen haben, an deren Einwirkung wir heute noch leiden. (Aha! bei den U. S.) Meine Fraktion hat beantragt, über das Gesetz eine namentliche Schlußabstimmung vorzunehmen. (Zuruf der U. S.: Bleiben Sie drin?) Jawohl, wir bleiben drin und wir werden auch alle Anträge, die eine Verschiebung bezwecken, ablehnen, denn wir legen Wert darauf, daß das Gesetz heute noch verabschiedet wird. Der gegenwärtige Zustand in Berlin ist unerträglich, denn es geht nicht an, daß eine Viermillionenstadt in dieser fürchterlichen Zeit der Arbeitslosigkeit und der Ernährungskrise wochenlang provisorisch verwaltet wird. (Erregte Zurufe bei den U. S.) Wir lehnen darum jede Obstruktion ab, die nur dann einen Sinn hatte, wenn Aussicht bestünde, daß die jetzt gewählten Magistratsräte bestätigt würden. Diese Aussicht aber besteht nicht. (Andauernde Zwischenrufe bei den U. S.) Als der Ausschuß zusammentrat, beantragten die Bürgerlichen, daß die Magistratsräte solange nicht bestätigt würden, bis das Gesetz hier verabschiedet sei. — Diesem Antrag wurde von niemanden widersprochen, auch nicht von den Unabhängigen. (Hört, hört! Zuruf der U. S.: Lüge!) Auch im Ausschuß haben die Unabhängigen ebenfalls keinen Einspruch erhoben, was der Vorsitzende des Ausschusses noch einmal ausdrücklich feststellte. (Hört, hört! — Erregte Zurufe bei den U. S.) Daß wir durch Obstruktion das herbeiführen, was die Reaktionären ja eigentlich wollen, nämlich daß das Gesetz Groß-Berlin überhaupt nicht in Kraft tritt, dieses Verlangen mag vielleicht dem Gebot von Moskau entsprechen, unserem tiefen Verantwortlichkeitsgefühl entspricht es nicht. (Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe der Unabhängigen.) Was wollen Sie (zu den Bürgerlichen) eigentlich mit der heutigen Vorlage? Sie haben Beschwerden gegen Herrn Löwenstein, gegen Herrn Adler und andere, aber Sie haben sich anscheinend noch gar nicht klar gemacht, daß daran die Novelle gar nichts ändert? Löwenstein bleibt. Adler bleibt. Sie klagen über die ungenügende Berücksichtigung von Fachmännern und statt dessen greifen Sie ein paar arme Stadträte an. Dabei, ich wiederhole es, ändern Sie nur an solchen Namen etwas, gegen die Sie gar nichts einzuwenden hatten. — Wir müssen alles tun, daß aus dem Wirrwarr der gegenwärtigen Lage möglichst bald ein Zustand herauskristallisiert, der das Wohl der gesamten Bevölkerung Berlins in höchstmöglichem Maße gewährleistet. (Lebhafter, sich wiederholender Beifall.)

Abg. **Dr. Leidig** (D. Vpt.): Ich kann es nur wiederholen, daß der Minister Severing im Hauptausschuß die Erklärung abgegeben hat, die jetzt gewählten Stadträte würden vor der Verabschiedung dieser Vorlage nicht bestätigt werden. Gegen diese Ankündigung ist auch von den Unabhängigen damals kein Widerspruch erhoben worden.

Abg. **Leid** (U. S.): Wir bestreiten, daß aus unserm Verhalten eine Antragstellung der Nichtbestätigung zu folgern ist.

Die Vorlage wird nach den Ausschußanträgen in den einzelnen Artikeln angenommen.

Die Aenderungsanträge der Unabhängigen werden in einfacher Abstimmung abgelehnt. Die Anträge auf namentliche Abstimmung hierüber finden keine genügende Unterstützung. Nur die Schlußabstimmung ist namentlich. Sie ergibt die Annahme der Vorlage mit 161 gegen 123 Stimmen bei vier Stimmenenthaltung.

Die Mitteilung des Ergebnisses wird von den Unabhängigen mit Pfuirufen aufgenommen.

Der Gesetzentwurf zur Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Rüthen und Warstein wird entgültig angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs zur Aenderung der Zusammensetzung der

Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulausschüsse.

Er wird nach einer kurzen Debatte in dritter Lesung im Einklang mit den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Unabhängigen angenommen.

Eingefügt wird noch die Bestimmung, daß der Vorsitzende von der Aufsichtsbehörde zu ernennen ist.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Landtag.

Abg. **Dr. von Richter** (D. Vpt.) begründet den Antrag seiner Partei, die Landtagswahlen für den 12. Dezember d. Js. anzuberaumen und ihnen das Reichstagswahlkreis und die Reichswahlkreis-Einteilung zu Grunde zu legen.

Es soll jedoch schon auf 45 000 Stimmen ein Abgeordneter fallen.

Abg. **Dr. Rippel** (D. N.) begründet den Antrag Hergt auf Annahme eines Notwahlgesetzes, damit die Wahlen spätestens am 12. Dezember stattfinden können.

Minister des Innern **Severing:** Die Ausführungen der beiden Vorredner fördern die rasche geschäftliche Erledigung der Vorlage nicht. Sie spielen diese praktische Frage auf das parteipolitische Gebiet hinüber. Hat denn die jetzige Reichsregierung, in der die Deutsche Volkspartei auch vertreten ist, die wirtschaftliche Lage zu bessern vermocht. Das Verhältnis zwischen dem demokratischen Reichsminister des Innern und dem sozialistischen Minister in Preußen ist so freundschaftlich, wie es in sachlicher Beziehung nur sein kann. Ich warne die Rechtsparteien davor, ihre Agitation auf die Spitze zu treiben. Die Ausführungen des Antrages Hergt würden 10 bis 11 Wochen erfordern, also eine Wahl bis zum 12. Dezember auch nicht ermöglichen, zumal auch noch eine Ausschußberatung erforderlich würde. Eine Verschleppungspolitik habe ich nicht betrieben. Das eigene Nest beschmutzen heißt es, wenn man die bayrischen Verhältnisse fortgesetzt gegen die preußischen ausspielt. Die Regierung hat nicht die Absicht durch ihr Verhalten die Verabschiedung der Landesversammlung zu verzögern.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Nach dem Kapp-Putsch sagte im Hauptausschuß des Reichstages ein Deutschnationaler, es sei ein nationales Verbrechen, die Wahlen zum Reichstag vor der Abstimmung in Schleswig-Holstein und im Osten vorzunehmen Sie (zur Rechten) wiederholen jetzt dieses nationale Verbrechen. (Lebhafte Zustimmung. — Große Unruhe rechts.) Die Parteien der Rechten, die erst vor einiger Zeit den unabhängigen Antrag auf Auflösung dieses Hauses abgelehnt haben, haben kein Recht, jetzt plötzlich Neuwahlen zu verlangen, weil es Ihnen jetzt in den Kram paßt. Wir bestimmen den Wahltermin nur nach dem Stand unserer Arbeiten. Nie hat eine regierende Partei sich in der Besetzung der Aemter so bescheiden gezeigt, wie wir. Wenn ein Deutschnationaler oder Deutscher Volksparteiler von Demokratie spricht, so klingt das, als wenn ein Ameritaner vom Völkerbund spricht. (Heiterkeit.) Je mehr sich die Folgen Ihrer (nach rechts) Politik im Reiche zeigen werden, desto schwächer werden Ihre Aussichten. Deshalb die Eile mit den Neuwahlen. Wir fürchten uns nicht vor der Abrechnung mit Ihrer Demagogie, mit der sie am 6. Juni gesiegt haben, und vertrauen auf die Einsicht des deutschen Volkes. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Hager** (Ztr.): Das Zentrum ist der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht und daher am meisten in der Lage, die Frage reinsachlich zu beurteilen. Für Preußen gilt nicht dasselbe wie für das Reich. Die Verfassung muß verabschiedet werden und spätestens drei Monate darauf müssen die Neuwahlen stattfinden. Das ist der richtige Standpunkt, auch wir wünschen, daß womöglich vorher die Abstimmung in Oberschlesien erfolgt ist.

Abg. **Jansen** (Dem.): Nach ihrer ganzen Vergangenheit hat die Rechte kein Recht sich auf den Willen des Volkes für ihre Wünsche zu berufen. Die Wahlen müssen gut vorbereitet werden. Den vorliegenden Wahlgesetzentwurf betrachten auch wir als das endgültige Wahlgesetz. Es kann aber keine Rede davon sein, daß die Landesversammlung auseinandergeht, ohne ihren Hauptzweck, die Verfassung, erledigt zu haben.

Abg. **Ludwig** (U. S.): Schade, daß Herr von Richter seine heutige Rede nicht vor drei Jahren gehalten hat. Jetzt ist Ihr Vorgehen nicht ganz ehrlich. Eine gewisse Verschleppung in der Einbringung des Wahlgesetzes von seiten der Regierung kann nicht geleugnet werden. Der Redner empfiehlt einen Antrag Adolf Hoffmann, die Landesversammlung solle sich für aufgelöst erklären und die Regierung ersuchen, sofort Neuwahlen auszuschreiben.

Abg. **Dr. Garnisch** (D. Vpt.): Der Ausgang der Reichstagswahlen beweist, daß die Zusammensetzung der Landesversammlung nicht mehr dem Volkswillen entspricht.

Abg. **Koch-Oehnhausen** (D. N.): Das führt zu unheilbaren Zuständen, daß die Linien der Reichs- und Landespolitik nicht mehr parallel, sondern auseinanderlaufen. Deshalb sind schleunigst Neuwahlen unbedingt notwendig. Heute ist Preußen eine Gefahr für das Reich. Wir brauchen eine einheitliche Politik in Preußen und im Reich.

Die Vorlage geht mit den Anträgen an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern, ebenso die Vorlage über die Wahlen zu den Provinzialtagen und Kreistagen.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 8. Oktober 1920.

Was will die Volksbühne?

Und wer der Dichtkunst Stimme nicht vernimmt
Ist ein Barbar, er sei auch wer er sei.
Goethe.

Die Kunst ist eines der wertvollsten Mittel zur Bildung und Veredlung des Menschen. Nie war es so dringend notwendig, sie dem Volke näher zu bringen, wie in dieser Zeit allgemein kulturellen Niederganges.

Durch die Gründung der Volksbühne ist einem jeden die Möglichkeit gegeben, in einer freien, sich selbst verwaltenden Kunstgemeinde am Aufbau einer veredelnden Volkskultur mitzuwirken. Die Volksbühne wendet sich an alle Volkskreise. Niemand wird nach seinem politischen oder sozialen Bekenntnis gefragt. Ihr vornehmster Zweck ist, ihren Mitgliedern beste Theaterkunst zu vermitteln. Sie ist errichtet auf der Grundlage des

Kleines Feuilleton.

Proletarierkultur.

An alle Arbeiterdichter, Schriftsteller und Maler, die noch am Amboß und Werktisch tätig sind, richtet sich folgender Aufruf:

Die Revolution schreitet, getrieben von Millionen Brüdern und Schwestern an Amboß und Werktisch, über die Erde. Und Millionen werden beginnen mit dem Aufbau! Hunderte von uns, deren Geist neben der Faust stärker tätig ist als dieselbe, schreiten den obengenannten Millionen voraus. Doch ihnen ist es nicht allein um die Produktionsmittel der Erde zu tun und deren Vergesellschaftung, sondern ihr Interesse gilt auch den übrigen kulturellen Verhältnissen derselben, soweit sie innerhalb der deutschen Grenzen wohnen, dem Kulturleben unserer Heimat. Von der Perspektive eines ernst ringenden, auch mit sich selbst in die Höhe wollenden Arbeiters betrachtet, liegt dasselbe sehr im argen und es wird sich mancher fragen: Wo ist da die neue Zeit? Wo ist die Kunst für ihn? — denn es gilt doch nicht nur die wirtschaftliche Seite der Köpfe umzumodeln, sondern auch, wie oben angeführt, die kulturelle. Was aber taten wir alle, die wir tiefer ins Leben schauen können wie die Millionen des nur dem Brotverdienst Nachgehenden? Wenn wir den Pharisäerstandpunkt nicht einnehmen wollen, müssen wir bekennen, nicht viel! Aber wir müssen etwas tun, wollen wir, wenn die Zeit kommt, als die Träger der Proletarierkultur gelten und all den Millionen andern, die weniger Zeit dafür haben, weil es die Sorge um Familie und Leben nicht erlaubt, unsern Stempel aufdrücken! — Wer gewillt ist, in diesem Sinne mitzuarbeiten, sei es in Literatur oder andern Zweigen der Kunst, wird gebeten, seine Adresse einzusenden an E. Herrmann, Stuttgart, Rotebühlstraße 117a.

Ueber die Arbeiter-Esperantistenbewegung im Auslande unterrichtet ein Artikel, der kürzlich im „Arbeiter-Esperantist" veröffentlicht wurde. Es heißt darin: „Esperanto überall im Vormarsch!" Das können wir auch heute wieder feststellen. Ueberall sind unsere Genossen erfolgreich bemüht, dem Weltproletariat die beste Waffe gegen den internationalen Kapitalismus zu geben: die Verständigungsmöglichkeit durch die gemeinsam verstandene Sprache. In Aukland Labour News setzt Kd. H. Parker seine regelmäßigen Artikel über Esperanto fort. Der Arbeiterrat von Sydney nahm Esp. in den Lehrplan der Arbeiterbildungsschule auf, die dortige chinesische Arbeiterzeitung bringt Berichte in Esp. In Peking (China) begann die Arbeiter-Studentenvereinigung einen neuen Kursus. Diese sind dort die Träger des revolutionären Gedankens. Am 1. Mai beteiligten sie sich mit zwei Automobilen am Festzug und verteilten dabei einen Aufruf an die Pekinger Arbeiterschaft. Einige von ihnen wurden verhaftet und drei Wochen eingesperrt. Ihre Zeitung „La verda standardo" erscheint halbmonatlich, auch wurde in Shanghai eine neue Gruppe gegründet. Die Esp. sprechenden Eisenbahner in Tokio (Japan) schufen sich soeben eine eigne Organisation. Die Kriegsgefangenen in Krasnaja-Riecka (Sibirien) bitten um Lehrmittel, da die Beteiligung am Unterricht so stark ist, daß die vorhandenen nicht ausreichen. Aus Rußland sind z. Zt. keine Nachrichten zu erhalten, doch ist durch die Einführung in die Schulen eine schnelle Ausbreitung gewährleistet. Auch aus amerikanischen Ländern, aus Spanien und aus dem übrigen Europa werden zahlreiche Erfolge gemeldet, die zeigen, daß der Gedanke die Esperantosprache als internationales Verständigungsmittel einzuführen, überall an Boden gewinnt.

Schriftsteller-Hilfe. Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die Notlage in den Kreisen der Schriftsteller der Deutschen Schillerstiftung aus dem Dispositionsfonds eine jährliche Beihilfe von 5000 Mark gewährt.

Eine Reise um die Welt durch die Luft. Es werden jetzt Vorbereitungen getroffen um die Wettfahrt um die Welt durch die Luft, die von den Vereinigten Staaten organisiert wird. Die Route wird die folgende sein: Newyork, Seattle, Yokohama, Shanghai, Bangkok, Calcutta, Karacht, Bagdad, Rom, London Irland, Neufundland, Newyork. Das ist eine Gesamtentfernung von 22 207 englischen Meilen. Zunächst soll ein Probeflug mit einer Handley-Page-Maschine gemacht werden, die von London aus in östlicher Richtung aufbrechen wird. Der Führer des Flugzeuges soll Major Brackley sein, der sich bereits an dem atlantischen Flug beteiligt hat und von London nach Kapstadt geflogen ist. An dem Flug sollen 10 Passagiere teilnehmen, während das Flugzeug 15 Passagiere mitnehmen könnte. Wenn auf dem Probeflug durchschnittlich vier Stunden geflogen werden, so würde der Flug um die Welt genau acht Wochen dauern. Aber da die langen Wegstrecken quer über den Stillen und den Atlantischen Ozean nach den Regeln der Wettfahrt zu Schiff zurückgelegt werden, wird die Reise wohl längere Zeit in Anspruch nehmen.

Wie ein Vulkan entsteht und vergeht. Die „V. Ztg." schreibt: Nach den neuesten Meldungen der italienischen Presse hat sich die Nachricht von der Bildung eines neuen Vulkans auf dem Monte Visanello als ein Phantasiegebilde herausgestellt, das sich im buchstäblichen Sinne des Wortes in Rauch verflüchtigt hat. Die „Stampa", die sofort einen Berichterstatter an Ort und Stelle gesandt hatte bringt aus dessen Feder jetzt folgenden Bericht: „Schon von weitem sieht man den über Nacht berühmt gewordenen Berg, auf dem sich der neue Vulkan gebildet haben soll. Ich fragte ein paar Bauern, ob sie etwas von dem Phänomen gesehen hätten. Sie erklärten mir, sie hätten in der Tat während der letzten Tage, zuerst am Mittwoch, den 8. September, gegen 10 Uhr vormittags, nach einem starken Erdstoß auf dem Berge in der Nähe des Ortes Buca del Granchio dicke Rauchschwaden aufsteigen sehen; in den letzten Tagen sei der Rauch aber wieder verschwunden. Einige gaben der Meinung Ausdruck, es habe sich dabei um einen Waldbrand gehandelt; andere wieder sind der Ansicht, der Rauch sei zu dick und zu dunkel gewesen, um von einem Waldbrand herrühren zu können. Ein Junge fügte hinzu, schon vor langer Zeit, es könne ein Jahr her sein, habe er, als er dort oben umhergeklettert sei, die Wahrnehmung gemacht, daß der Boden unter seinen Füßen glühend heiß war." Der genannte Berichterstatter hält es für möglich, daß durch die Erderschütterung Risse im Boden entstanden sind, aus denen Rauchschwaden entwichen sein können. Daß es sich hier also nicht um den Ausbruch eines Vulkans, sondern nur um die Bildung von Erdspalten unter Begleitung von Dampfentwicklung handle. Das wäre freilich im Grunde dasselbe und würde nur einen Unterschied hinsichtlich der Intensität des Phänomens sein. Jetzt ist aber auch der Rauch vollständig verschwunden. Jedenfalls wäre zu wünschen, daß sich so rasch wie möglich Sachverständige an Ort und Stelle begeben, um das Rätsel endgültig zu lösen. In der W. T. B.-Meldung, die auf Grund italienischer Zeitungsberichte die Entstehung des neuen Vulkans mitteilte, hieß es, wie erinnerlich, daß sich am Gipfel Pisanello des Apuanischen Massivs ein Krater geöffnet habe, dem Flammen und Rauchsäulen unter gewaltigen unterirdischem Donner und Schwefelgeruch entstiegen.

Ueberraschungen im schwarzen Erdteil. Ein Afrikareisender macht die überraschende Mitteilung, daß er am Kongo einen Stamm von affenähnlichen Menschen entdeckt hat, die noch auf Bäume klettern, dabei aber die Monogamie besitzen und niemals lügen oder stehlen. Diese Entdeckung ist ein Beweis dafür, daß es noch so manche Ueberraschung für uns im schwarzen Erdteil gibt. Die Tierwelt Afrikas ist uns nur unvollkommen bekannt. Als vor etwa 15 Jahren die erste Nachricht von dem fabelhaften Okapi nach Europa kam, wollte man an dieses Tier nicht glauben, bis es einige Jahre später gefangen wurde. Aber noch ist es bisher nicht gelungen, einen einer seltsamen Zwergelefanten zu erbeuten, die von mehreren Reisenden am oberen Kongo gesehen wurden und ebenso hat sich das geheimnisvolle Sirnku, halb Tiger und halb Zebra, dem Fang entzogen, obwohl dies Tier sehr ausführlich von verschiedenen Eingeborenen beschrieben worden ist, die in seine Nähe gelangt waren und es genau beobachtet hatten.

Reiselektüre. Man muß sich doch vorsehen mit den Büchern. Ich kaufe meiner Frau für unsere Reise den Roman „Der Idiot" von Dostojewsky. Einmal ließ sie das im Hotel irgendwo liegen und fragte den Kellner darauf: „Haben Sie nicht gesehen, wo mein „Idiot" ist? Worauf der Kellner dienstfertig antwortete: „Ich glaube, der Herr Gemahl ist in den Garten hinausgegangen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0005

freiesten Selbstbestimmungsrechtes aller Mitglieder. **Die Mitglieder wählen in der Generalversammlung die geschäftliche und künstlerische Leitung der Volksbühne. Sie können bei der Wahl der aufzuführenden Werke entscheidend mitbestimmen!**

Die Verteilung der Plätze erfolgt auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung. Die Mitglieder werden in je fünf Abteilungen eingeteilt, die bei den Vorstellungen der Reihe nach alle Platzabteilungen durchlaufen. Verwandte und Freunde erhalten auf Wunsch nebeneinander liegende Plätze. Die Eintrittskarten sind übertragbar.

Erwerbung der Mitgliedschaft.

Wer Mitglied der Volksbühne werden will, hat eine Aufnahmegebühr von einer Mark zu zahlen. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt sechs Mark. Es werden in der ersten Spielzeit zehn Vorstellungen gegeben, für die ein Eintrittspreis von je drei Mark berechnet wird. Jedes Mitglied hat also eine Gesamtzahlung von jährlich 36 Mark zu leisten. Dieser Betrag ist vierteljährlich in Raten von je neun Mark im voraus zu zahlen.

Die Aufführungen der Volksbühne finden im Thaliatheater statt, dessen Inneres eine durchgreifende, geschmackvolle Erneuerung erfahren hat. Die Bühne ist mit allen technischen Mitteln ausgestattet worden, um den hohen künstlerischen Zielen, die sich die Volksbühne stellt, gerecht zu werden. Die Aufführungen werden einzig und allein den Mitgliedern der Volksbühne zugänglich sein; sie werden weder vorher noch nachher auf den städtischen Bühnen gegeben werden. Auf die Einstudierung der aufzuführenden Werke wird die größte Sorgfalt verwendet werden können. In den Programmheften der Volksbühne werden gemeinverständlich geschriebene Einführungen die Besucher der Vorstellungen zum tieferen Verständnis der Werke anregen.

Mit den Theatervorstellungen sind indes die Wirkungsmöglichkeiten der Volksbühne noch keineswegs erschöpft. Sie kann ihren Aufgabenkreis erweitern durch Veranstaltung von literarischen Abenden, volkstümlichen Konzerten und guten Opernaufführungen.

Für das erste — Mitte oder Ende November — Spieljahr ist die Aufführung folgender (hier in alphabetischer Reihenfolge zusammengestellter) Werke geplant:

Goethe: Iphigenie; Gutzkow: Uriel Acosta; G. Hauptmann: Rose Berndt; Hebbel: Maria Magdalena; Ibsen: Stützen der Gesellschaft; G. Kaiser: Gas; Raimund: Der Verschwender; Schiller: Kabale und Liebe; Shakespeare: Hamlet; Thoma: Erster Klasse und die Lokalbahn.

Die Aufführung von Goethes Iphigenie soll dem Werke der Volksbühne die Weihe geben.

Die Geschäfte der Volksbühne wird der am 5. September von der Gründungsversammlung bestätigte vorläufige Vorstand bis zur ersten ordentlichen Generalversammlung führen. Den Vorstand ordnungsgemäß zu wählen, ist dann Aufgabe der Generalversammlung. Die vorläufige Leitung der Volksbühne, die sich aus einem geschäftsführenden und einem künstlerischen Ausschusse zusammensetzt, besteht aus folgenden Herren und Damen: Geschäftsführender Ausschuß: Stadtv. Ritter, Lehrer Schmölling, Frl. Albrecht, Expedient Beßler, Maler Stummer. — Künstlerischer Ausschuß, Univers.-Professor Menzer, Privatdozent Dr. Liepe, Gymnasialdirektor Schmidt, Stadtv. Borges, Stadtrat Kilian, Geschäftsführer Hopf und den Schriftleitern Täumel und Bock.

Listen für die Beitrittserklärung liegen an folgenden Stellen aus:

Volksstimme, Gr. Ulrichstr. 27; Hallesche Nachrichten, Gr. Ulrichstr. 16; Saale-Zeitung, Gr. Ulrichstr. 52; Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gr. Ulrichstraße 54; Goethe-Buchhandlung, Gr. Ulrichstraße 63; J. M. Reichardt, Schulstraße 1; A. Huth und Co., Gr. Steinstraße 86/87; Reformhaus, Gr. Steinstr. 21; Adolf Simonsohn, Gr. Steinstraße 53 und Ludwig-Wucherer-Str. 28; Hallesche Zeitung, Leipziger Str. 61/62; C. F. Ritter, G. m. b. H., Leipziger Str. 90; Franz Beeck, Leipziger Str. 56; Lindau und Winterfeld, Leipziger Str. 58; C. Müller Nachf., Leipziger Str. 66; Deutschn. Handlungsgehilfen-Verband, Leipziger Str. 86; Parteibureau der Demokratischen Partei, Leipziger Str. 21; Verband der weibl. Handels- und Bureau-Angestellten, Gottesackerstraße 4; Palm, i. Fa. Joachimthal sen., Merseburger Str. 39; Petermann, Oleariusstr. 1; Buchdrucker-Verband, Kl. Klausstr. 7; Volksbibliothek, Salzgrafenstr. 2; Parteibureau der USP., Harz 42/44; Zentralverband der Angestellten, Harz 42/44; In allen Gewerkschaftsbureaus, Harz 42/44; Volksblatt-Buchhandlung, Harz 42/44; Neue deutsche Bücherstube, Weidenplan 20; Gustav Vietzke, Geiststr. 43; J. L. Heise, Händelstr. 38; v. Knoblauch, Triftstr. 1; M. Morgner, Triftstr. 20; Volkspark, Burgstr.; Allgemeine Zeitung, Gr. Brauhausstr.; M. Albrecht, Lindenstr. 53; Kurt Gebauer Nachf., Beesener Str. 86; In sämtlichen Beamtenkonsumvereinen; In allen Abteilungen der Eisenbahnbetriebswerkstätten; In allen Verkaufsstellen des Allg. Konsum-Vereins Halle, Diemitz und Ammendorf Radewell; Gemeindevorsteher in Sennewitz; Elsterthaler Zeitung, Ammendorf; Merseburg: Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondenten, Kleine Ritterstr 3; Merseburger Parteisekretariat d. USP., Seiffnerstr. 4; Merseburger Tageblatt, Hülterstr. 4.

Das Tohuwabohu in der hallischen U. S. P.

„Der Kampf innerhalb der U. S.-Partei ist jetzt bis zur Siedehitze gediehen, so daß man befürchten muß, es werde überhaupt nicht mehr zu einem geordneten Parteitage kommen. Himmel, in welch einen Taumel sind wir Menschen geraten! Die Heißsporne des linken und des rechten Flügels behandeln einander wie geschworene Todfeinde. In Versammlungen geht es wüst her, Fäuste und Stöcke haben schon eine Rolle gespielt, und in der Presse verkehrt man miteinander als Verräter, Heuchler, Pharisäer, Lügner, Gelichter. Ein Gipfelpunkt ist einstweilen: unsaubere Fälscher, bornierte Verleumder (Hamburger Volkszeitung), Vollidioten, Lumpen, Pack (siehe Bremer Arbeiterzeitung). Wir sind keine Zeremonienmeister und Anbeter des Salontons, obgleich wir den Boden sachlichen Kampfes niemals verlassen (wir sprechen hier für den politischen Teil des Blattes) und keinen Parteigenossen schmähen. Aber wir beklagen diese besinnungslose Aufregung und Giftspritzerei, weil sie blind macht für die große Sache, um die es sich, trotz der wütenden Raserei, immer noch handelt. Es ist wahnsinnige Selbstzerfleischung!“

So beginnt ein Artikel im politischen Teil des „Volksblattes“ von Paul Hennig unter der Ueberschrift: „Ein Ruf zur Besinnung“. Wer von unseren Genossen und Lesern der „Volksstimme“ erinnert sich nicht an die zahlreichen offensichtlichen Verdrehungen und Verleumdungen unserer Partei durch das „Volksblatt“, wer erinnert sich nicht daran, wie oft wir die unsaubere politische Kampfesweise der Volksblattschreiber gebrandmarkt haben. Vor keinem Mittel sind diese Leute zurückgeschreckt, um die Arbeiterschaft in die Abgründe zu führen, in die sie jetzt dank einer gewissenlosen, unverantwortlichen Agitation gestürzt worden ist. Jetzt werden diese „Führer“ von ihren eigenen Genossen, die sie ja noch besser kennen als wir, entlarvt. Obige Auslassungen des politischen Leiters des „Volksblattes“ sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der Schilderung unabhängiger Kampfesart. Der Herr Hennig läßt sich weiterhören: „Unerhört ist es, daß die verantwortlichen Wortführer in den Redaktionsstuben solche Gemeinheiten gegeneinander verüben. Diese giftigen Bosheiten und niedrigen Beleidigungen werden in voller Absicht am Schreibtisch ausgetüftelt. Solch ein gehässiges Durcheinander haben wir noch nicht erlebt, keiner von uns, so alt er immer sein mag.“ Und diese Schreiber solcher „Giftigkeiten“, „Gehässigkeiten“ und „Gemeinheiten“ sind Führer des Proletariats!! Werden nicht geradezu auch dem dümmsten Arbeiter endlich die Augen dadurch geöffnet, in welchen Sumpf der ganze Klassenkampf des Proletariats gesteuert wird?

Die politische Redaktion des „Volksblattes“ schüttelt schon mit den hier wiedergegebenen Auslassungen die Lokalredaktion dieses jetzt offenkundigen Kommunistenorgans ab. In einem „Erklärung“ betitelten Aufsatz wird die Schriftleitung des lokalen Teiles aber noch einmal in aller Form und in ihrer ganzen „Heldenhaftigkeit“ den unentwegten Moskauanhängern vorgeführt. In der Mittwochausgabe des „Volksblattes“ veröffentlichten die Leninjünger einen Aufruf, der überschrieben war: „Ein feiner Plan des Zentralkomitees“. Darin wird nur so gewettert über die Parteibürokratie in der U. S. P., die die Opposition um das Delegationsrecht zum Parteitage betrügen will. Dem „Antibolschewisten Wilhelm Dittmann“, wie es im Aufruf heißt, wird vorgeworfen, daß er gesagt haben soll: „Das Zentralkomitee werde, wenn in Halle die Urwahlen in der beabsichtigten Form vorgenommen würden, die hallischen Mandate kassieren lassen.“ Weiter wird der Vorwurf erhoben, die Gegner der Moskauer Bedingungen versuchen mit der Liste Kunert Stimmenfang zu treiben usw. In der bereits genannten „Erklärung“ wird nun nach langen Darlegungen, daß der Kampf im politischen Teil des Volksblattes immer sachlich geführt wurde (was wir mit Recht in Abrede stellen. D. R.) folgendes gesagt: „Um so mehr bedauern wir, daß im lokalen Teil des Volksblattes diese Kampfesregel nicht eingehalten wurde. Der Aufruf in der gestrigen Nummer: „Ein feiner Plan des Zentralkomitees“ fordert unsern schärfsten Widerspruch heraus. Es ist selbstverständlich, daß wir den Zweck des Aufrufes, die Genossen zur Stimmabgabe für die Liste Koenen zu veranlassen, vollauf billigen. Aber die Art, in der auch die sachlich durchaus ungerechtfertigten Anschuldigungen gegen Mitglieder des Zentralkomitees und Hallische Parteigenossen erhoben werden, müssen wir entschieden verurteilen.“ Die Redaktion des politischen Teiles des Volksblattes. Hennig. Bock.

Diese Erklärung besagt also abermals, wie hinterhältig die Waffen sind, die vom „Volksblatt“ im politischen Kampfe angewendet werden. So geht es gegen die eigenen Genossen; mit welchen Lügen da erst gegen die Mehrheitssozialdemokratie gearbeitet wird, darüber kann niemand mehr im Zweifel sein.

Ein anderer Artikel im gestrigen „Volksblatt“, der von Peters, Reiwand, Kürbs und Kasparek unterzeichnet ist, wendet sich unter der Spitzmarke „Zur Steuer der Wahrheit“ ebenfalls gegen die Strategen, die den Aufruf: „Ein feiner Plan des Zentralkomitees“ veröffentlichten und wirft ihnen vor, daß sie die Verleumdungen gegen Dittmann sich „aus den Fingern gesogen“ haben, um die Gefühle der Mitglieder aufzupeitschen. Darin scheint ja überhaupt ein Teil der „Volksblatt“-Redakteure groß zu sein, wie wir bisher in unzähligen Fällen immer wieder konstatieren mußten.

Da nun einmal im „Volksblatt“ die gegenseitige Beschuldigung im Gange ist, so wird kein Mensch erstaunt sein, wenn auch die Lokalredaktion des Blattes eine „Erklärung“ losläßt und mit folgenden Worten die „guten Gründe“ zur Veröffentlichung des anstößigen Aufrufes „Ein feiner Plan . . .“ niederlegt: „Wir scheuen nicht davor zurück, Schuftigkeiten als das zu bezeichnen, was sie sind.“ Unterschrieben sind diese Zeilen von dem temperamentvollen jungen Mann Werner Scholem. Die „Volksstimme“ hatte schon oftmals Ursache, sich mit der eigenartigen Kampfesweise und dem gemeinen Ton in den Polemiken dieses „Proletariervertreters“ zu beschäftigen. Die Methoden dieses tapferen Streiters im politischen Kampfe werden nun von den eigenen Genossen enthüllt; ein Beweis dafür, daß wir recht hatten mit unserer bisherigen Brandmarkung.

Aber der Artikel des politischen Leiters des „Volksblattes“, Paul Hennig, aus dem wir eingangs unserer Zeilen einige besonders bezeichnende Stellen über den wütenden Kampf in den eigenen Reihen wiedergeben, beschäftigt sich nicht nur mit diesem Streit, sondern geht auch auf die Ursachen ein. Dabei wird in herzerweichender Weise gejammert darüber, daß die Spaltung unabwendbar erscheint, obgleich doch „grundsätzliche Unterschiede fehlen“. Und dann heißt es weiter: „Es ist ja Wahnsinn! Wir wüten ja gegen das eigene Fleisch und Blut. Wir trennen uns ja von Proletariern, die dasselbe wollen, die ebenso kämpfen, ebenso marschieren, ebenso schlagen wollen, wie wir.“

Wir fragen uns erstaunt, merkt man es auf dieser Seite jetzt erst, daß die Zerspaltung des Proletariats ein Wahnsinn ist und daß der giftige Kampf gegen das eigene Fleisch und Blut mit der Gründung der U. S. P. eröffnet wurde? Was ist das für eine grenzenlose Heuchelei, jetzt darüber zu heulmeiern, daß die Arbeiterschaft, zur Freude des Bürgertums (das immer geschlossener auftritt), immer mehr auseinandergetrieben wird! Hat das „Volksblatt“ nicht seit Jahr und Tag, besonders auch im politischen Teile, diese fortgesetzten Spaltungen vorbereitet? Wie lächerlich klingt da der Satz in dem Artikel des „Volksblatt“-Leiters Hennig: „Aber wir wollen die Einheit der gewaltigen Proletariermasse usw.“ Die Politik der Unabhängigen hat die Arbeiterschaft von Tag zu Tag mehr entwaffnet. An der eigenen Lüge wird diese Partei zugrunde gehen. Die vergifteten Waffen, die sie seit ihrem Bestehen gegen das Proletariat der alten Sozialdemokratie anwendete, richten sich nun gegen die eigenen Genossen. Es gibt eine ausgleichende Gerechtigkeit.

Die Urwahl in Halle.

Gestern ging also die Urwahl über die Diktatur vor sich. Es war ein wirklicher Wahlakt, mit Wahlvorstand, Wahlurne und Stimmzettelverteiler. Bissig standen sich die Parteien gegenüber. Die beiden Dinge, Wahl und Diktatur, in diesem Verhältnis vereinigt, konstatieren ihren Widerspruch selbst. Diktatur wählt man nicht, sondern Diktatur übt man aus, ohne irgend jemanden zu fragen, auch nicht den Wähler. Ein Wahlakt über die Diktatur ist ein Nonsens. Zumal noch, wenn zu entscheiden ist über russische oder über deutsche Diktatur. Daß diese Wahl auf Anordnung des unabhängigen Zentralkomitees vollzogen wurde, beweist die Müßigkeit aller theoretischen Diskussionen über die Möglichkeit oder Aussichtslosigkeit einer Diktatur.

Der Wahlakt gestern bewies auch noch was anderes. Zahlreich traten die U. S. P.-Genossen zur Wahlurne und zeigten dadurch, daß der Stimmzettel die eigentliche Waffe des Arbeiters ist. Der Stimmzettel und das Streikrecht, damit schlägt man alle Ansätze zur Rückentwicklung der politischen Verhältnisse zurück und damit gibt man den Anstoß zu Entwicklungen in neuer Richtung. Nur den Anstoß, während die Entwicklung selbst nur in zäher, praktischer Kleinarbeit besteht. Dem Wahlakt voran ging eine ziemlich heftige Preßfehde im „Volksblatt“, bei dem die „Moskauanhänger“ wohl starke, gewaltige Worte gebrauchten, aber rein dastehen im Vergleich zu den schäbigen Mitteln, die der politische Einerseits-Andererseits-Redakteur Hennig anwandte, der seine Stellung zu stärken sucht, indem er die mehrheitssozialistische Partei mit Dreck bewirft. Diese, seine alte bewährte Taktik hat ihm diesmal aber nichts genützt. Jetzt hilft kein Mundspitzen mehr, jetzt muß gepfiffen werden.

Die bisher festgestellten Zahlen von der gestrigen Urwahl sind folgende: Für Halle wurden abgegeben insgesamt 7795 Stimmen. Davon für Moskau 6438 und gegen Moskau 1357. Die Wahlbeteiligung war ziemlich stark. An Mandaten dürften für die Gegner der Bedingungen 2 und für die Moskauanhänger 11 entspringen.

11 Uhr abends Polizeistunde.

Wie aus einer Bekanntmachung der Polizeiverwaltung, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, hervorgeht, ist die Schlußstunde für Wirtschaftsbetriebe und Vergnügungsstätten auf 11 Uhr abends festgesetzt worden.

Polizeiverordnung über das Vorrätighalten, den Verkauf und das Tragen von Waffen.

Die Polizeiverwaltung gibt bekannt:

Schußwaffen aller Art und dazu gehörige Munition (ausschließlich der Luftgewehre und Luftpistolen), ferner Dolche, Dolchmesser und Jagdnicker (dolchähnliche Messer mit feststellbarer Klinge), Stöcke mit Metalleinlage sowie Stöcke nach Art der Bergmannskeilhauen dürfen nur an den rechtmäßigen Inhaber eines für die begehrte Art von Waffen ausgestellten Waffenerwerbsscheines (§ 6, Abs. 2) gegen dessen Ablieferung verkauft oder sonst verabfolgt werden. Für Jagdwaffen genügt an Stelle Ablieferung eines Waffenerwerbsscheines der Besitz eines Jahresjagdscheines.

Schußwaffen älterer Herstellungsart, zu denen Munition im Handel nicht mehr erhältlich ist, unterliegen dieser Beschränkung nicht.

Das Feilhalten, Feilbieten und Verkaufen von Schlagringen und sog. Totschlägern sowie von Gummischläuchen, Stricken oder Riemen, welche mit Metall oder anderer Beschwerung versehen sind, ist verboten.

Es ist verboten, Waffen der in §§ 1 und 2 bezeichneten Art zu führen.

Dieses Verbot gilt nicht:

1. Für die Sicherheitsorgane des Staates und der Gemeinden hinsichtlich der zum Dienstgebrauch benötigten Waffen;
2. für die Militärpersonen hinsichtlich ihrer Dienstwaffen;
3. für Mitglieder von Vereinen, welchen die Befugnis zum Tragen von Waffen beiwohnt, hinsichtlich des Umfanges dieser Befugnis;
4. für die Inhaber von Jagdscheinen hinsichtlich der landesüblichen Jagdwaffen, sowie für die von ihnen mit dem Transport dieser Waffen Beauftragten und
5. für die Inhaber von Waffenscheinen hinsichtlich der auf den Waffenscheinen vermerkten Waffen.

Der Transport von Waffen innerhalb des geordneten Handelsbetriebes unterliegt diesem Verbot nicht, sofern die Waffen in geschlossener Verpackung befördert und von den Empfängern in deren Gewerbebetrieb empfangen werden.

Jagd- und Waffenscheine sind während des Waffentragens stets mitzuführen und den polizeilichen Aufsichtsbeamten auf Verlangen jederzeit zur Prüfung vorzulegen.

Waffenerwerbsscheine und Waffenscheine werden von der Polizeiverwaltung kostenlos ausgestellt. Sie sind nur gültig für den Stadtbereich.

Die Gültigkeit des Waffenscheines erlischt bei Verzug des Inhabers aus dem Stadtbezirk.

Wird die Erteilung des Waffenscheines widerrufen, was schriftlich oder zu Protokoll erfolgt, oder ist seine Gültigkeit erloschen, so ist er sofort hierher zurückzugeben.

Waffenerwerbsschein und Waffenschein dürfen andere Personen nicht zur Benutzung überlassen werden.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft, sofern nicht nach den bestehenden Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt wird.

Hinsichtlich der Strafbarkeit des heimlichen Aufsammelns von Vorräten an Waffen oder Schießbedarf außerhalb des Gewerbebetriebes wird auf § 360 Nr. 2 und des Feilbietens sowie Tragens von Stoß-, Hieb- und Schußwaffen, welche in Stöcken, Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen, auf § 367 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie auf die Regierungspolizeiverordnung vom 26. 4. 72 verwiesen.

Diese Verordnung tritt am 15. November 1919 in Kraft. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird die Polizeiverordnung vom 21. April 1906, die den gleichen Gegenstand betrifft, aufgehoben.

Wandergewerbescheine.

Die Polizeiverwaltung gibt folgendes bekannt:

Die hiesigen Einwohner, die im Jahre 1921 ein Wandergewerbe beginnen oder fortsetzen wollen, können die Ausfertigung der Wandergewerbescheine von heute ab im Polizeiverwaltungsgebäude, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 99, beantragen. Es empfiehlt sich, persönlich zu erscheinen und den letzten Wandergewerbeschein vorzulegen. Es ist nötig, ein unaufgezogenes, deutliches Lichtdruckbild des Antragstellers aus letzter Zeit in Visitenkartengröße — der Kopf soll mindestens 1½ Zentimeter groß dargestellt sein — mitzubringen.

Nach § 459 der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 haben die Wandergewerbetreibenden die in ihrem Betriebe beschäftigten Personen bei der Landkrankenkasse des Ortes als Mitglied anzumelden und dabei die Beiträge für die Zeit bis zum Ablauf des Wandergewerbescheines, oder mit Erlaubnis des Kassenvorstandes für kürzere Zeit im voraus zu entrichten. Ueber die gezahlten oder gestundeten Beiträge hat die Krankenkasse eine Bescheinigung unter Angabe des Grundlohnes und des Wochenbeitrages auszustellen, die bei der Beantragung des Wandergewerbescheines mit vorgelegt werden muß.

Für den Stadtkreis Halle a. S. kommt die Allgemeine Ortskrankenkasse in Frage.

Ohne die Bescheinigung über Zahlung oder Stundung der Krankenkassenbeiträge kann der Antrag auf Ausstellung eines Wandergewerbescheines, in den Begleiter eingeschrieben werden sollen, nicht an den Bezirks-Ausschuß weitergegeben werden.

Der Tarifstreit im Versicherungsgewerbe!

Am Dienstag, den 5. d. M. fand im St. Nicolaus eine außerordentlich gut besuchte Versammlung aller Versicherungsangestellten statt, in welcher über den Verhandlungsabbruch in Berlin berichtet wurde. Trotzdem einwandfrei feststeht, daß die Versicherungsangestellten die schlechtestbezahlte Berufsgruppe bilden und daß es den Unternehmungen sehr wohl möglich ist, ihren Angestellten ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu bieten, wurde von dem Arbeitgeberverband jede Erhöhung der jetzigen Bezüge abgelehnt; teilweise wird sogar eine Verschlechterung angeboten.

Die Erregung unter den Angestellten ist sehr groß. Bisher ist es den Organisationen — mit Ausnahme von einigen Orten — gelungen, die Angestellten von der Anwendung von Gewaltmitteln zurückzuhalten. Wenn jedoch nicht schnell geholfen wird, können weder die Gewerkschaften noch die Betriebsräte dafür garantieren, daß im Versicherungswesen die Ruhe gewahrt bleibt. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 5. Oktober 1920 im St. Nicolaus zu Halle a. S. versammelten Versicherungsangestellten erheben schärfsten Protest gegen das herausfordernde Gebahren des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmungen. Das Angebot des Arbeitgeberverbandes bedeutet ein weiteres Hinabgleiten in das Elend. Die bisherigen Bezüge schützten die Versicherungsangestellten notdürftig vor dem Verhungern, an eine Beschaffung von Kleidung und sonstiger Bedarfsartikel war bei den geringen Bezügen nicht zudenken. Die Versammelten müssen unbedingt eine

Zur Aufklärung!

„Kukirol“, das schnell und sicher wirkende Mittel gegen

Hühneraugen, Hornhaut,

Schwielen und Warzen ist in großem Format für die Käufer vorteilhafter, als in kleinem.

Da „Kukirol“ lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterschied nur 50 Pf. beträgt. Preis des alten Formats M. 2.50, des neuen M. 3.—.

„Kukirol“ ist in Apotheken und Drogerien erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0006

erhebliche Verbesserung in materieller Hinsicht fordern, da es sonst unmöglich ist, noch weiterhin die Arbeit so zu leisten, wie sie im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland notwendig ist. Eine Weigerung, die berechtigten Wünsche der Angestellten zu erfüllen, bedeutet eine Versündigung an der Gesundheit der Angestellten und dadurch hervorgerufen eine Schädigung der Allgemeinheit, für die die volle Verantwortung die Arbeitgeber zu tragen haben. Die Angestellten wissen, daß die Versicherungsunternehmungen in der Lage sind, höhere Aufwendungen machen zu können. Sollten sich die Arbeitgeber auch weiterhin ablehnend verhalten, ist mit allen Mitteln die Sozialisierung des Versicherungswesens zu propagieren, da durch diese ganz enorme Beträge an der Ersparung von Direktorengehältern, Tantiemen und Aktionärdividenden zum Nutzen der Allgemeinheit freigemacht werden können.

Die Versammelten **erwarten** von den Organisationen, daß kein Mittel unversucht gelassen wird, um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zu erzwingen."

Warnung vor Zuzug nach Danzig. Vom Reichs- und Staatskommissar für Danzig wird folgende Warnung verbreitet: In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß Reichsdeutsche, die nach dem 10. Januar 1920 hier zugezogen sind, Gesuche um Zulassung zur Beschäftigung im Wirtschaftsgebiet der Stadt Danzig an das hiesige städtische Arbeitsamt und an mich als Demobilmachungskommissar richten. Bei der hier zurzeit herrschenden **Arbeitslosigkeit kommen bei Vermittelung von Arbeitsstellen nur** solche Personen in Frage, die am 10. Januar d. J. hier gewohnt haben und somit Danziger Staatsangehörige geworden sind. Ich bitte daher, veranlassen zu wollen, daß im Deutschen Reiche durch die maßgebenden Stellen eine Bekanntmachung erlassen wird, die vor Zuzug nach Danzig warnt.

Warnung. Die Unfälle durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf unbewachten Bahnübergängen hören nicht auf. Es wird deshalb den Geschirrführern die größte Vorsicht beim Befahren von unbewachten Ueberwegen zur Pflicht gemacht. Gleichzeitig werden sie darauf hingewiesen, daß sie durch Unachtsamkeit nicht nur ihr eigenes Leben gefährden, sondern auch durch fahrlässige Gefährdung des Eisenbahnbetriebes sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.

Pakete ins Ausland. „Man kann kaum noch Pakete nach dem Auslande schicken", so hört man oft, „**das Porto ist viel zu teuer**"! Daß die Auslandspaketgebühren sehr gestiegen sind, trifft leider zu. Wie kommt nun die Post zu diesen hohen Sätzen? Nach dem Weltpostvertrag hat bei der Beförderung von gewöhnlichen und Wertpaketen das Aufgabeland jedem an der Land- und Seebeförderung beteiligten Lande bestimmte Anteile zu vergüten. Die Summe dieser Anteile **bildet das** bei der Einlieferung der Sendung erhobene Porto. **Dieses wird** also nachträglich unter die Länder verteilt, die an der Beförderung mitgewirkt haben. Die Abrechnung erfolgt in Goldfranken. Das Auslandspaketporto ist so vom jeweiligen Wertverhältnis des Goldfranken zur Mark, also von der Valuta, beeinflußt. Nun ist dieses Wertverhältnis bekanntlich für uns zur Zeit recht ungünstig und außerdem sehr schwankend. Solchen Schwankungen kann aber der Posttarif nicht zwangläufig folgen; die Post muß vielmehr aus naheliegenden Gründen auf eine gewisse Stetigkeit ihres Tarifes Wert legen, was aber durchaus nicht immer etwa mit einem geldlichen Gewinn für sie verbunden ist. So hat die deutsche Post an dem Wertverhältnis von einem Goldfranken gleich 80 Pfg., wie es bis zum Kriegsausbruch als fester Kurs galt, bei den Auslandspaketgebühren noch bis Oktober 1919 festgehalten, obwohl inzwischen der Wert des Metallfranken bereits auf 4 Mk. gestiegen war und die Reichspost deshalb bei dem Geschäft ganz erheblich zusetzte. **Als im Februar d. Js.** sich der Wert des Goldfranken auf etwa 16 Mk. belief, setzte die Post für die Gebührenerhebung den Gegenwert auf rund 12 Mk. fest. Dieser Satz ist dann bis zum Juni beibehalten worden, während inzwischen unsere Valuta stieg. Auf diese Weise wurde der Post ein gewisser Ausgleich für ihre vordem erlittenen bedeutenden Verluste. Seit Juli beträgt der postseitig für 1 Fr. festgesetzte Gegenwert 8 Mk., also noch etwas weniger, als sich augenblicklich der Wert des Schweizer Franken an der Berliner Börse stellt.

Nachforschung nach vermißten Kriegsteilnehmern. Das Zentral-Nachweis-Amt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48, weist darauf hin, daß es als einzige amtliche Stelle alle Anträge auf Nachforschungen nach vermißten Kriegsteilnehmern, insbesondere auch nach den sich noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen völlig kostenfrei erledigt. Für die Erledigung der Anfragen wird das ganze umfangreiche amtliche und private Material des Zentral-Nachweis-Amtes nutzbar gemacht. Alle Anfragen, welche Kriegsgefangene in Rußland und Westsibirien betreffen, werden, soweit sie das Zentral-Nachweis-Amt nicht ohne weiteres beantworten kann, mit Unterstützung der deutschen Fürsorgestelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Moskau erledigt, mit der das Zentral-Nachweis-Amt eine rasche und sichere Verbindung durch den Kurier der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene unterhält. Die Anträge nach vermißten deutschen Zivilgefangenen und Zivilverschickten in Rußland sind an das Reichsauswanderungsamt, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 7 I, zu richten.

Sein 25 jähriges **Dienstjubiläum** feiert heute Herr Robert Budik als Angestellter in der Buchhandlung des Waisenhauses. Seine Kollegen ehrten den Jubilar durch Ansprache und Geschenke.

* **Republikanischer Führerbund.** Sonnabend, 8 Uhr, in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus" Monatsversammlung.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, gelangt das Drama „Christa die Tante" von Rolf Lauckner zur Erstaufführung. Sonnabend wird die Operette „Der Zigeunerbaron" gegeben. Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung „Dr. Klaus", Sonntag abend 7½ Uhr „Fra Diavolo". Montag geht das deutsche Märchen „Königskinder" mit der Musik von Humperdinck in Szene.

Schluß der Wage bei Pferderennen. Uns wird geschrieben: Von verschiedener Seite wird Klage geführt, daß bei den letzten Rennen die rote Scheibe an den Nummernaufzügen, die bekanntlich den Schluß der Wage anzeigt, vielfach verspätet aufgezogen worden ist und dadurch die Wetter verhindert wurden, sofort nach Bekanntgabe der Reiter den Totalisator zu benutzen. Man hat irrtümlich angenommen, daß hier eine Bummelei der Nachrichtenübermittelung vorliegt. Nach der neuen Rennordnung darf die Wage nicht früher geschlossen werden als eine Viertelstunde vor der für den Ablauf des betreffenden Rennens festgesetzten Zeit. Nun hat sich bei den Rennen im allgemeinen die Abwickelung des Programms so pünktlich vollzogen, daß beispielsweise am vergangenen Sonntag der Start zum letzten Rennen nur zwei Minuten hinter der Programmzeit zurückstand, also um 5,12 Minuten stattfand, während bei dem Hauptrennen für Zweijährige der Start sogar fünf Minuten vor der Zeit lag. Das läßt sich für die Rennleitung von vornherein nicht so genau beurteilen, weil sie nicht weiß, wie lange sich die Pferde am Start aufhalten. Wenn das Programm sich so pünktlich abwickelt, wie in den letzten Tagen, darf angenommen werden, daß das verspätete Erscheinen der roten Scheibe im allgemeinen lediglich durch die Befolgung der Vorschriften der Rennordnung verursacht wird, also keine neuen Starter nachkommen werden. Das Publikum kann mithin in einem solchen Falle ruhig wetten, allerdings auf die eigene Gefahr, daß ausnahmsweise doch noch ein Starter nachkommt, der aber in der Regel die Entscheidung nicht beeinflussen, also voraussichtlich nicht gerade siegen wird.

Die Ehrenpreise für die Rennen am 10. Oktober. Die vom Anhalt. Reiter- und Pferdezuchtverein Dessau für die Rennen am 10. Oktober ausgeworfenen Ehrenpreise sind im Schaufenster der altrenomierten Fa. G. Aßmann, Geschäftshaus für Herren- und Knaben-Konfektion und Sportbekleidung, Gr. Ulrichstraße, ausgestellt. Die Dekoration des Fensters ist dem Rennen geschmackvoll angepaßt und ist die sportliche Ausstellung äußerst sehenswert.

Provinz und Umgegend.

An die Ortsvereine des Bezirks.

Zum zweiten Male jährt sich am 9. November der Tag, an dem die Revolution dem deutschen Volke die völlige politische Gleichberechtigung aller seiner Bürger brachte. Die Umwälzung vom 9. November ist für die weitere innerpolitische Entwicklung Deutschlands von ungeheurer Bedeutung gewesen, denn nunmehr hat das Volk sein Geschick selbst in der Hand. Manches ist noch nicht so, wie es sein sollte und auch sein könnte, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Umwälzung am 9. November von allergrößter Tragweite war und es auch bleiben wird. Darum verdient dieser Tag, als einer der wichtigsten Erinnerungstage, jedes Jahr würdig gefeiert zu werden. Aus all dem Traurigen, das jetzt vom gesamten werktätigen Volke ertragen werden muß, ragt der 9. November als ein bedeutsamer Lichtblick empor. Darum laßt Euch diesen Tag nicht verekeln, sondern feiert ihn in froher Zuversicht auf eine bessere Zukunft.

Sozialdemokratischer Bezirksverband.
I. A.: R. Drescher.

Joseph Schneider und der „Mansfeldschreck".

Der Herostratos von Eisleben, Redakteur Joseph Schneider, der Zersplitterer der dortigen Arbeiterbewegung, hat bisher von seinem Redaktionsschemel in der „Mansfelder Volkszeitung" aus, Giftbombe auf Giftbombe in die Reihen des kämpfenden Proletariats geworfen. Vorgestern brachte er eine Notiz „Das böse Gewissen", in der er, mit der fettesten Schrift, die ihm zur Verfügung stand, das „böse Gewissen" seines Gen. Dittmann vor dem „Mansfeldschreck", an den Pranger stellen wollte. Joseph schrieb:

> Am gestrigen Tage hatte der Gen. Dittmann vom Zentralvorstand eine Unterredung mit den Hallischen Parteigenossen. Dittmann warf die Frage auf, ob der Parteitag ungestört tagen könnte. Es sei ihm zu Ohren gekommen, daß die Mansfelder Arbeiter in ihrer Entrüstung den Parteitag zum Teufel jagen wollten, falls ihre gewählten Delegierten nicht anerkannt würden.

Trotzdem Herr Schneider sich bemüht, die Angst über die Mansfelder Arbeiter seines Parteivorstandsmitgliedes Dittmann in möglichst bunten Farben festzuhalten, stellt sich nun heraus, daß Joseph selbst der Popanzträger dieser Sache gewesen ist. Joseph hat diesen ganzen Quatsch erst in die Welt gesetzt.

In einem Artikel „Zur Steuer der Wahrheit!", der gestern im „Volksblatt" von Peters, Reiwand, Kürbs und Kasparek veröffentlicht wurde, heißt es u. a.:

> Allerdings hat auch Genosse Dittmann die Frage gestellt, ob das ungestörte Tagen des Parteitages gewährleistet wird, mit Hinweis darauf, daß die Genossin Braunthal bereits vor einigen Tagen in Berlin erklärt hat, die Mansfelder Bergarbeiter würden den Parteitag eventuell mit Knüppeln auseinanderjagen. **Dazu haben allerdings die Unterzeichneten bemerkt, und das halten sie auch jetzt noch aufrecht: Auch der Genosse Schneider (Eisleben) hat in einer der letzten Bezirksvorstandssitzung hohnlächelnd dasselbe gesagt.** Damit soll nun allerdings nicht gesagt sein, daß die Mansfelder Bergarbeiter diese Absicht haben, **im Gegenteil, wir wissen wohl, daß der Genosse Schneider ein großer Schreier ist, worüber sich auch die Mansfelder Bergarbeiter klar sind, im weiteren denken sie nicht daran, die Parteitagssitzung irgendwie zu stören.**
>
> Das dürfte wohl genügen, um den Artikel in das richtige Licht zu rücken und daran zu zeigen, **in welcher gemeinen Art und Weise der Artikelschreiber glaubt, andere Genossen herabwürdigen zu können.** Auf die weiteren Anwürfe, welche in dem Artikel enthalten sind, einzugehen, lehnen wir ab, wir halten es unter unserer Würde, in einem derartigen Tone zu polemisieren. **Wir** hängen es niedriger, und **überlassen** das Urteil den **Parteimitgliedern."**

Auch wir wollen sagen, daß sich hier jeder weitere Kommentar erübrigt. Joseph wurde von seinen eigenen Brüdern gebrandmarkt, das ist für uns genug und die Mansfelder Arbeiter mögen sich nun selbst ein Urteil bilden.

Der zweite Jugendherbergstag.

Am 2. und 3. d. M. tagte in Goslar eine stattliche Versammlung der Mitglieder des Verbandes für deutsche Jugendherbergen. Nach ernsten Beratungen im Beisein des Vertreters des Ministeriums des Innern und nach lehrreichen Vorträgen bedeutender, auf dem Gebiete der Jugendpflege und der Jugendbewegung stehender Männer wurde einmütig anerkannt, wie dringend notwendig die Errichtung von Jugendherbergen ist, um einmal unserer wanderlustigen Jugend gute und sichere Unterkunft zu bieten, ferner aber auch, um die Unsitten der im Wandern unerfahrenen Jugend zu bekämpfen. Die Jugendherbergen dürfen nicht als Gasthäuser angesehen werden, sondern sie sollen Stätten der Kultur und Erziehung sein. In Deutschland bestehen bereits 700 Jugendherbergen, die der gesamten Jugend geöffnet sind. Aus dem Jahresbericht geht ferner hervor, daß sich im letzten Jahre 19 Verbände der nationalen, sozialistischen, kommunistischen und freideutschen Jugend, sowie der Leibesübungen treibenden Organisationen dem Verbande für deutsche Jugendherbergen angeschlossen und zu tatkräftiger Mitarbeit bereit erklärt haben. Die anwesenden Vertreter der Reichs- und Landesregierungen entwarfen in längeren Ausführungen den Arbeitsplan auf dem Gebiete der Jugendpflege für das nächste Jahr und betonten besonders, wie groß die Not unserer Jugend jetzt sei und daß somit Reich, Staat und Gemeinde verpflichtet wären, die körperliche und geistige Ertüchtigung, insbesondere der schulentlassenen Jugend, aufs kräftigste zu fördern und zu unterstützen, zum baldigen Wiederaufbau des Reiches.

Pachtschutzordnung.

Um falschen Anschauungen entgegenzuwirken, gibt der Pressedienst des preußischen Landwirtschaftsministeriums folgende Aufklärung über die Pachtschutzordnung:

Die gesetzliche Reglung des Pachtwesens ist Sache des Reiches und nicht der Länder. Daher ist auch die Pachtschutzordnung nicht von Preußen, sondern vom Reich erlassen (Reichsgesetzblatt 1920, Seite 1193). In diesem Gesetz ist vorgesehen, daß zur Schlichtung von Streitigkeiten paritätische Pachteinigungsämter eingesetzt werden, die aus je einem Vertreter der Verpächter und der Pächter und einem Vorsitzenden mit Richterqualifikation bestehen sollen. Die preußische Pachtschutzordnung vom 3. Juli dient lediglich der Ausführung dieses Reichsgesetzes. Da die Pachteinigungsämter meist für die Amtsgerichtsbezirke eingesetzt sind und in diesen die Amtsrichter oft die einzigen Personen mit Richterqualifikation sind, mußten diese auch als Vorsitzende bestellt werden. Gegen diese Vorsitzenden wird nun aus Pächterkreisen einzelner Bezirke der Vorwurf erhoben, daß sie sich bei ihren Entschließungen zu stark von dem Bestreben leiten lassen, die Verpächter gegen die Nachteile der Geldentwertung bei der Festsetzung der Pachtpreise zu schützen. Es soll vielfach vorgekommen sein, daß Pachteinigungsämter für die Bemessung der neuen Pachtpreise ganz schematisch den Maßstab der Geldentwertung zur Anwendung gebracht haben. Da diese Handhabung gegen die Zweckbestimmung des Gesetzes verstößt, werden die Regierungsstellen die Durchführung der Pächterschutzordnung im Sinne des Gesetzgebers sichern müssen.

Die geplante Kreiseinteilung Thüringens.

Unter dem Vorsitz des Staatsministeriums von Brandenstein fand in Weimar die erste Sitzung der für die neue Kreiseinteilung Großthüringens eingesetzten Kommission statt. Es wurde zunächst ein Arbeitsplan aufgestellt. Zurzeit bestehen in den sieben beteiligten Staaten 23 Landratsämter. Es wird daran gedacht, diese 23 Landratsämter in sechzehn leistungsfähige Kreise zusammenzulegen. Von den sieben Landgerichten werden wohl oder übel auch mindestens drei verschwinden müssen, und auch mehrere Amtsgerichte wird das gleiche Schicksal treffen. Für das Saaletal ist die Bildung eines Obersaalkreises mit Saalfeld als Kreisstadt und den Amtsgerichtsbezirken Gräfenthal, Leutenberg und Lobenstein, eines Mittelsaalkreises mit Rudolstadt als Kreisstadt und den Amtsgerichtsbezirken Pößneck, Kahla, Neustadt a. d. Orla und Remda und eines Untersaalkreises mit der Kreisstadt Jena und den Amtsgerichtsbezirken Dornburg, Roda, Eisenberg und Camburg gedacht. Die Kreise Sonneberg und Hildburghausen werden kaum eine Aenderung erfahren. Beim Kreis Meiningen wird erwogen, ob nicht zu diesem der südliche Teil des Bezirks Dermbach mit Ostheim zu schlagen ist, wogegen vielleicht der Amtsbezirk Salzungen an Eisenach anzugliedern wäre. Gotha hat zurzeit drei Landratsämter: Gotha, Waltershausen und Ohrdruf. Diese werden für die Folge zweckmäßigerweise zu zwei Kreisen zusammengezogen. Sodann wurde daran gedacht, die beiden Landratsämter Königsee und Gehren zu einem Kreis mit dem Sitz in Königsee zusammenzulegen, ferner soll Arnstadt und Ilmenau einen Kreis bilden. In Frage kämen noch die Kreise für Weimar, Eisenach, Sondershausen, zwei Elsterkreise und der Pleißekreis.

Wahl der Beisitzer zum Kreisgewerbe- und Kreiskaufmannsgericht des Saalkreises.

Für das Kreisgewerbegericht beginnen die Vorschläge mit folgenden Namen:

Vorschlag I (Könnern) **Arbeitgeber:** Otto Horlboge, Könnern, Hallesche Straße.

Vorschlag Ia (Halle) **Arbeitnehmer:** **Max Richter**, Maurer, Dölau, Zechenhausstraße 13.

Vorschlag Ib (Könnern) **Arbeitnehmer:** Friedrich Peter, Könnern.

Vorschlag Ic (Löbejün) **Arbeitnehmer:** **Willi Bieler**, Löbejün.

Vorschlag Id (Wettin) **Arbeitnehmer:** Heinrich Reißinger, Wettin.

Kreiskaufmannsgericht.

Vorschlag I (Könnern) **Arbeitgeber:** **Albert Nasel**, Könnern, Hallesche Straße 10.

Vorschlag I (Halle) **Arbeitnehmer:** **Johannes Budeck**, Halle, Ladenbergstraße 2.

Vorschlag II (Halle) **Arbeitnehmer:** **Albert Brand**, Expedient, Halle, Pfännerhöhe 35.

Vorschlag III (Könnern) **Arbeitgeber:** Otto Hädecke, Könnern, Cöthensche Straße.

Das Fischen mit Handgranaten.

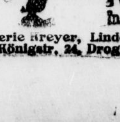
Das Fischen mit Handgranaten hatte schon im Sommer einen derartigen Umfang angenommen, daß der Justizminister die Beamten der Staatsanwaltschaft ersuchen mußte, mit Nachdruck dagegen einzuschreiten. Jetzt weist auch das Reichswehrministerium auf die strafrechtliche Verfolgung dieser Art von Fischen hin. Es wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und unter Umständen, wenn ein Schaden eingetreten ist, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bestraft. Beim Fischen mit Handgranaten werden alle Fische und der Nachwuchs in einem Umkreise von 10 bis 50 Meter vernichtet.

Ammendorf. Riesengewinne der Papierfabrik. Die Gesellschaft erzielte im Jahr 1919/1920 einen Papierfabrikationsgewinn von 33 190 264 (8 823 444) Mk. andererseits erhöhten sich Fabrikationsunkosten auf 29 588 803 (7 903 360) Mk. Nach Abschreibungen von 253 000 (250 660) Mark ergibt sich ein Gewinn von 3 266 488 (1 202 548) Mk. bei einem Aktienkapital von 3,9 Millionen Mark. Dividende 40 Prozent (wie im Vorjahr), außerdem auf jede Aktie ein Bonus von 200 Mark. Im Rechenschaftsbericht schreibt die Verwaltung u. a.: In dem vergangenen Geschäftsjahre gelang es uns, die Produktion gegenüber dem Vorjahre etwas zu heben, trotzdem wir wiederum größere Stillstände durch Generalstreik und Aufruhr, dauernde wirtschaftliche Kämpfe und Unruhen erlitten. Eine Anzahl Fabriken war viele Monate gänzlich außer Betrieb. Dadurch trat eine solche Knappheit und Teuerung dieses wichtigen Rohstoffes ein, daß wir dauernd gezwungen waren, Papiermaschinen stillstehen zu lassen. Unsere gesamte Erzeugung wurde restlos den Inlands-Verbrauchern zugeführt und fand bei der herrschenden Papiernot schlanken Absatz. Mit den wichtigsten Rohstoffen und Materialien haben wir uns genügend eingedeckt. Wir sind mit den besten technischen Einrichtungen ausgerüstet, so daß wir trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und Unsicherheiten mit Vertrauen in die Zukunft blicken können.

Naumburg. An die Mitglieder der S. P. D. Alle Genossen werden gebeten, in der Sonntag, den 10. Oktober, abds. 7 Uhr, im „Schützenhaus" stattfindenden Mitgliederversammlung zu erscheinen. Gen. Müller-Halle a. S. spricht über den neuen Programmentwurf. Dann sind noch wichtige Vereinsangelegenheiten zu erledigen.

Naumburg. Zentralverband der Angestellten. Eine bedeutsame Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Angestellten fand Mittwoch im „Preuß. Hof", hier, statt. Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Kollegen nahmen Stellung zu dem Tarif der Kramerinnung. Nach eingehender Aussprache wurde man sich dahin einig, die diesmaligen Beratungen und den Kampf um einen neuen Tarif mit den schärfsten Mitteln zu führen, da der jetzige Tarif, der noch nicht einmal von allen Arbeitgebern gezahlt werde, unter aller Kritik sei. Das Gewerkschaftskartell soll zur tatkräftigen Unterstützung angerufen werden.

Eisleben. Ein eigenartiger Kriegsbeschädigtenfreund. Unter dieser Stichmarke beschäftigten wir uns früher einmal mit dem ehemal. Priesterseminaristen und jetzigen Redakteur Schneider von der „Mansfelder Volkszeitung", der es nun endlich der Mühe wert gehalten hat, sich einmal der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen anzunehmen. Er hält es für notwendig, sich nicht durch praktische Arbeit mit diesen hilfsbedürftigen Menschen zu betätigen, sondern glaubt seinen Zweck durch gemeine Verleumdungen solcher Personen, die sich im Dienst der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge durch praktische Arbeit betätigen, hervorragend auszeichnen zu müssen. Schneider glaubt seine eigene Unkenntnis auf diesem Gebiete damit zu verdecken, daß er von Zeit zu Zeit sich der Oeffentlichkeit bemerkbar macht und sich dann als Beschützer der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen ausgibt. In der Nummer 204 der „Mansfelder Volkszeitung" steht ein Artikel über die Beiratssitzung der amtlichen Fürsorgestelle für den Mansfelder Seekreis, der für die Unkenntnis den besten Beweis liefert. Interessant ist nur das, daß der Beirat der Fürsorgestelle diesen Unsinn, der durch Schneider in diesem Artikel in einer Resolution gegen unseren Genossen Vietz, der früher in Weißenfels und jetzt in Berlin im Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. tätig ist, zur Weitergabe an das Reichsarbeitsministerium angenommen hat. Es müßte dem Beirat wie auch dem Vorsitzenden des Beirats bekannt sein, daß es weder eine Reichsfürsorgestelle noch einen Präsidenten der Reichsfürsorgestelle gibt. Diese vollständig neue Stelle und neue



Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos.
Kukirol 100 000 fach bewährt – Preis M. 3.00 –
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Drogerie Kreyer, Lindenstr. 55, Drogerie Krüttgen Nachf., Königstr. 24, Drogerie Schulze, Bernburgerstr. 32.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0007

Titel existieren natürlich nur in dem geistig armen Gehirn des Redakteurs Schneider. Das Reichsernährungsministerium wird seine Freude über die Zusammage des Beirats der amtlichen Fürsorgestelle gehabt haben, aber gleichzeitig auch Gelegenheit bekommen, die amtliche Fürsorgestelle über die wirklichen Einrichtungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen-Fürsorge zu unterrichten. Das sollen aber diese Herren mit sich selbst abmachen. Wegen der gemeinen Ausführungen, die Schneider in der Entschließung zum Ausdruck gebracht hat, wird er Gelegenheit erhalten, wie uns Gen. Bietz mitteilt, vor Gericht den Beweis zu erbringen. Vielleicht wird das Gericht ihm dann mildernde Umstände zubilligen, weil er früher Priesterseminarist war. Bedauerlich ist es nur, daß man sich solcher gemeiner und gehässiger Mittel bedient, um Personen unmöglich zu machen, die dem Schneider bisher gefährlich geworden sind. Ueber den Ausgang der Klage, die der Genosse Bietz bereits eingeleitet hat, werden wir zu gegebener Zeit berichten.

Eisleben. Die politisierenden Handwerker. In unserer Stadt besteht ein Verein selbständiger Handwerker und Gewerbetreibender, an dessen Spitze zwei Stadtverordnete, volksparteilicher Coleur, die Herren Crone und Knösel stehen. Von einem unbändigen Tatendrang getrieben, tummeln sie sich recht vielseitig auf allen möglichen Parkett politischer und wirtschaftlicher Natur. Ihre Stoßkraft, die sie ihrem Temperament entsprechend besonders im Stadtparlament verwenden könnten, entwickeln sie in obengenanntem Verein, um auf Umwegen im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Politik in den Bannkreis populären Rufes zu kommen. Daß sie ihr Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der Fortbildungsschule werfen, und ihren Einfluß, diese nach ihrem Sinn zu gestalten, geltend zu machen versuchen, versteht sich am Rande. Wenn auch die Schule zur Fortbildung der Lehrlinge dient, die ja bekanntlich zur Entfaltung einer späteren Existenz etwas lernen sollen und nicht zur wirtschaftlichen Erstarkung der Herren Meister willkommene Objekte abgeben sollen! Nun, kurzum! Die Herren reiten auch gegen die Zwangswirtschaft an, speziell gegen die des Getreides. Eisleben hat, im Gegensatz zu seiner ländlichen Umgebung ein absolut in Farbe und vielleicht auch in Geschmack nicht schön zu nennendes Brot. Wir haben uns auch schon einige Gedanken darüber gemacht. Angesichts des Umstandes aber, daß wir einen von Oberbürgermeister sehr gern gesehenen Arbeiterrat haben (des Rätesystems wegen natürlich), ferner einem mit dem Dezernat „Wirtschaft" betrauten unabhängigen Stadtrat und einen in erheblichem Prozentsatz aus geschätzten Blutapfelsinen (sprdon Revolutionären) bestehenden Ernährungsausschuß haben, wähnten wir die Zufuhr an Lebensmitteln für den Magen unserer Einwohner in guten Händen! Dem scheint nicht so zu sein. In der letzten Sitzung des verehrlichen Handwerksmeistervereins wurde nun Sturm gegen die schlechte Beschaffenheit des Brotes gelaufen. Nachdem man sich mit Entrüstung vollgepumpt hatte, gings andern Tages schwer geladen an an den Magistrat. Nun ja, der hatte sich bereits beschwerdeführend an die Reichsgetreidestelle gewandt und demnächst soll auch besseres Brot zur Ausgabe gelangen. Hinterher meinten dann die Handwerker, sie hätten ja eigentlich auch den Vorwurf an die Reichsgetreidestelle gerichtet wissen wollen. Ach, die kleinen Schäker! Die Wut hat sich also wieder gelegt. Vielleicht glaubte man in jenen Kreisen durch diesen Streich besseres Brot schaffen zu können. Dann wären die Herren, die eigentlich nur Mut gegen unsichtbare böse Geister haben, mindestens geplatzt wie eine Pellkartoffel! Pfui, das Wort Kartoffel? Hätten doch die Herren Meister mal eine Analyse aufgestellt, ob wirklich von den aus bestimmten Gründen nicht verkauften Kartoffeln Bestandteile in getrocknetem Zustande ins Brot gelangt sind. Lange dazu die Muskelkraft nicht?

Eisleben. Falscher Verdacht. Die in Nr. 235 gebrachte Meldung „Ein Wüstling!" entspricht insofern nicht den Tatsachen, als der betreffende Arbeiter wohl verhaftet worden war, aber wieder freigelassen werden mußte, da seine Verhaftung auf Grund falscher Angaben erfolgt war.

Delitzsch. Unsere wirtschaftliche Möglichkeit. Gewaltige Braunkohlenschätze, die noch der Erschließung harren, lagern noch in Mitteldeutschland in der Erde. Auf die Braunkohle ist aber Deutschland mehr als je angewiesen, da die gewaltigen Kohlenablieferungen an unsere Feinde eine empfindliche Brennstoffknappheit eingetreten ist. An vielen Orten, so auch südlich von Delitzsch, in der Feldmark Werbelin, wird nun eifrig gebohrt, um Stärke und Verlauf der Kohlenflöze sowie die Beschaffenheit der Kohle festzustellen. Die Kohle steht dort in einer Mächtigkeit von durchschnittlich 7 bis 10 Meter. Die deckenden Schichten von oben nach unten sind Lehm bis 4 Meter stark, Sand oder Kies, darauf Ton, und in einer Tiefe von etwa 31 Meter Kohle. Es ist eine Kohle von guter Beschaffenheit, nur zum Teil mit Beimengungen von Sand um. Bis jetzt ist eine Tiefe von 61 Meter erreicht. Das Flöz scheint von größerer Ausdehnung zu sein, weshalb der Abbau lohnt. Die Unterhandlungen mit den Besitzern sind zum Teil schon zum Abschluß gekommen.

Mühlberg a. Elbe. Sprechstunde für Kriegsbeschädigte. Der nächste Sprechtag für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene findet am Montag, den 11. d. M., im „Ratskeller" von 12—3 Uhr statt.

Falkenberg. Erzeuger- und Verbraucherversammlung. Montag nachmittag fand eine vom Genossen Amtsvorsteher Dietrich im Sitzungssaal der hiesigen Gemeinde anberaumte Sitzung statt, zu der die Erzeuger und Verbraucher geladen waren. Es hatten Vertreter entsandt die Gewerkschaften, die Gemeinden, die Landwirte, die Fleischer. Behandelt wurde die Kartoffelversorgung vom Amtsbezirk sowie die Fleischversorgung. Die Aussprache darüber war sehr lebhaft. Fast alle erschienenen, so die Genossen Wolf, Schödel, Herrmann und andere, vertraten mit aller Schärfe den Standpunkt der Verbraucher. Ein Vorschlag wurde angenommen, daß nach der Sitzung der Kreisbauernschaft vom Amtsvorsteher von den einzelnen Gemeinden eine Umfrage stattfindet, wieviel die betreffenden Erzeuger dem Amtsbezirk zu 20 Mk. und zu 25 Mk. den Zentner Kartoffeln zur Verfügung stellen wollten. Betr. der Fleischversorgung sprach Genosse Dietrich sein Bedenken aus, daß die Zwangswirtschaft über das Vieh aufgehoben wird. Nach längerer Aussprache verpflichteten sich die Fleischer und Viehhändler, erst dann Fleisch nach auswärts zu verkaufen, wenn Falkenberg versorgt ist, auch wenn es auswärts teurer sein sollte. Der Verkauf beginnt in Zukunft Freitags nachmittags und endet Sonnabend abend. Eine weitere Aussprache fand über die Fettversorgung statt. Hier konnte erfreuliches berichtet werden, da Vorräte getroffen ist, daß man bis Weihnachten ausreicht und das Fett im Amtsbezirk mit 17 Mk. verkaufen kann. Es dürfte der einzige Amtsbezirk im ganzen Kreise sein, der derartiges billiges und auch gutes Fett verkaufen kann. Hoffen wir, daß auch von der Kartoffel und Fleischversorgung bald ähnliches gesagt werden kann.

Torgau. Mitgliederversammlung. Am Montag, den 4. Oktober, fand unsere Monatsversammlung statt. Die Versammlung war nicht so besucht wie es sein müßte. Eine große Anzahl Genossen scheinen den Ernst der Lage noch nicht begriffen zu haben, sonst würden sie sich zahlreicher einfinden. Gen. Schröder erstattete Bericht von der am 26. 9. stattgefundenen Kreiskonferenz und gab dabei die Einteilung der einzelnen Distrikte bekannt. Die anwesenden Genossen erklärten ihr Einverständnis. Ebenso erstattete Gen. Schröder Bericht von der am 3. 10. in Halle tagenden Stadtverordnetenkonferenz, und die Versammlung billigte den Bericht des Gen. Schröder, ebenso die Beschlüsse, die auf der Konferenz gefaßt wurden. Unter Parteiangelegenheiten und Verschiedenes wurden noch einige örtliche Fragen geregelt. Um 10½ Uhr schloß der 1. Vorsitzende die Versammlung.

Halberstadt. Ein Sicherheitsbeamter als Einbrecher. In einer Villa war dem Polizeiobermachtmeister Vogel eine Notwohnung zugewiesen worden. Die Frau des Beamten wurde nach dem Einzug weidlich auf die reichen Villenbesitzer und veranlaßte ihren Mann, mit mehreren Kumpanen die Villa auszurauben. Als die Inhaber verreist waren, raubte die Gesellschaft alle Kleider- und Wäscheschränke aus und verkaufte die Beute nach Berlin. Der Wachtmeister erhielt dafür von der Strafkammer 6 Monate Gefängnis. Fünf andere Beteiligte wurden zu 2 Monaten bis 1¼ Jahr Gefängnis verurteilt. Frau Vogel soll noch auf ihren Geisteszustand untersucht werden.

Gewerkschaftliches.

Nach einem Jahre.

In frischer Erinnerung sind noch die von „revolutionärer" Begeisterung durchglühten Reden Dißmanns, des jetzigen Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, die er auf den Nürnberger und Stuttgarter Kongressen des vorigen Jahres zur Freude aller Radikalen hielt. Heute, da er auf verantwortungsvollem Posten steht, hat er eingesehen, daß auch der ungestümste Stürmer nur mit Wasser kochen kann. Neulich hielt er in einer Metallarbeiterversammlung Dresdens ein großes Referat über die derzeitige wirtschaftliche Krise und ihre Lösung. Dem Bericht unseres Dresdener Bruderorgans entnehmen wir darüber folgendes:

In zweistündiger Rede ging Dißmann auf viele Einzelheiten ein, die der Zeitungsleser kennt. Als er endlich darauf zu sprechen kam, wie aus dem ganzen Elend herauszukommen sei, da klang es diesmal ganz anders wie einst. Heute konnte der Redner keine anderen Mittel anraten als die, die von der alten Sozialdemokratie immer empfohlen sind: Die Arbeiterschaft soll sich durch planlose Pfuschereien und Putschereien nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen; die Wirren müssen aufhören; man muß den Mut haben, gegen den Strom der Unaufgeklärten zu schwimmen; der Gassenton und die Beschimpfungen in den Debatten, das gegenseitige Zerfleischen muß aufhören; den bloßen Maulmachern müssen die Wege gewiesen werden. Wir haben weder von Osten noch von Westen Hilfe zu erwarten, der deutsche Arbeiter muß sich selbst helfen; der französische hat nicht die Kraft, dem dortigen Kapitalismus entgegenzutreten; der Versailler Gewaltfriede muß verschwinden. Nicht durch Weltrevolution und Diktatur können wir aufbauen; wir sind abhängig von den ökonomischen Verhältnissen. Politische Arbeiterräte machen Unfug; eine Utopie ist es, mit politischer Macht die Verhältnisse kommandieren zu wollen; die wirtschaftlichen Räte sind ein Mittel zur endlichen Sozialisierung. Man hat sich früher zu wenig mit dem Uebergang zum Sozialismus beschäftigt. Es muß ein geistiger Umstellungsprozeß eintreten. Die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als „geld" zu bezeichnen, wie die Russen es tun, ist eine Verleumdung. Kein Anschluß an Moskau!

So redet heute ein Dißmann, der jeden, der vor einem Jahre dieselben Worte gebrauchte, einen Verräter schimpfte. Merkt die Arbeiterschaft nun bald, wer sie verraten und unglücklich gemacht hat?

Alois Staudinger gestorben.

Alois Staudinger, Vorsitzender des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, ist am 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, nach längerem Leiden in Leipzig gestorben. Geboren am 11. Mai 1876 zu Metten in Niederbayern, erreichte er nur ein Alter von 44 Jahren. Die Steinarbeiterorganisationen erleidet durch den Tod ihres begabten Führers einen empfindlichen Verlust. Obwohl schon jahrelang krank, hat er doch mit unglaublicher Energie und starkem Willen sich immer wieder emporgerafft. Nun ist er dem ungleichen Kampf erlegen. Eine Erholungskur, die ihm vom Verbandstag im Mai dieses Jahres einstimmig nahegelegt wurde, brachte ihn nach 13 Wochen schlimmer erkrankt zurück. Neben seinem Lungenleiden hatte eine Nierenentzündung ihn heimgesucht und in den letzten Wochen kam noch Darmtuberkulose hinzu. Jetzt hat er ausgelitten.

Erster Vorsitzender des Verbandes war der Verstorbene seit April 1919, vordem war er 17 Jahre Redakteur des „Steinarbeiter", und hat in dieser Zeit wegen allzu energischer Interessenvertretung seiner Berufskollegen die Bekanntschaft mit dem Gefängnis zweimal machen müssen. Auch sonst hat er an allem, was die Arbeiterbewegung angeht, lebhaften Anteil genommen. So kandidierte Staudinger 1903 und 1907 im Löwenberger Wahlkreis (Schlesien). Zur Nationalversammlung in Leipzig. Im Jahre 1919 wurde er dort Stadtverordneter. Sein Wissen und Können hat ihn trotz seiner allzu großen Bescheidenheit immer in den Vordergrund gerückt. Der Steinarbeiterverband ist sicher, daß alle, die ihren Alois Staudinger gekannt haben, sich der Trauer um den Verstorbenen anschließen.

Sport und Körperpflege.

Naturfreunde. Kinderwanderungen veranstalten am Sonntag die Naturfreunde; jedoch nur für Kinder, die gut und weit laufen können. Dieses Mal geht es durch die Esterauer bis nach Collenben. Abmarsch ½8 Uhr vom Markt und 8 Uhr vom Riebedplatz. Mitzubringen sind wieder Eßnapf und Löffel und 1 Mark für die Rückfahrt. Die Kleinen mögen zu Hause bleiben. Ihr Großen aber, zieht euch warm an. Kopf und Hals muß frei sein. Nun los am Sonntag mit frischem Mut hinaus in den Wald, hinaus in diese e Natur.

Ammendorf. Achtung Naturfreunde! Die Naturfreunde unternehmen am Sonntag eine Kinderwanderung nach Collenben. Abmarsch 9 Uhr vom Hotel. Anschluß an die Hallenser.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Verordnung betreffend Wirtschafts-Schlußstunde.

Auf Grund des § 3 Absatz 2 der Bekanntmachung des Bundesrats vom 11. Dezember 1916 betreffend die Erparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln (R.G.Bl. S. 1355) in Verbindung mit § 1 der hierzu ergangenen Ausführungs-Anweisung vom 13. Dezember 1916 wird die Schlußstunde für

a) die Gast-, Schank- und Speisewirtschaften und Kaffees,
b) die Theater, Lichtspielhäuser, Räume in denen Schaustellungen stattfinden, sowie Veranügungsstätten aller Art,
c) die Vereins- und Gesellschaftsräume, in denen Speisen und Getränke verabreicht werden,

im ganzen Regierungsbezirk Merseburg einheitlich für die Städte und das platte Land vom 15. Oktober dieses Jahres ab bis auf weiteres für die Wintermonate

auf 11 Uhr abends

festgesetzt.

In den Gasthäusern dürfen Fremde auch nach der festgesetzten Schlußstunde aufgenommen werden, jedoch mit der ausdrücklichen Maßgabe, daß ihnen in den gemeinsamen Räumen weder Speisen noch Getränke zu verabfolgen sind.

Die Ortspolizeibehörden sind befugt, für einzelne Wirtschaften und Vergnügungsstätten eine frühere Schlußstunde vorzuschreiben.

Die festgesetzte Wirtschafts-Schlußstunde gilt zugleich als Polizeistunde im Sinne des § 365 Reichsstraf-Gesetzbuchs.

Merseburg, den 26. September 1920.

Der Regierungs-Präsident. v. Gersdorff.

Vorstehende Verordnung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die durch § 2 der Polizeiverordnung vom 5. 7. 1902 für die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung auf 10 Uhr abends festgesetzte Polizeistunde wird durch vorstehende Anordnung nicht berührt.

Halle, den 6. Oktober 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Bekanntmachung.

Infolge der mit dem 9. September 1920 erfolgten Aufhebung des Ausnahmezustandes sind vom genannten Tage ab für das Vorrätighalten, den Verkauf und das Tragen von Waffen wieder die Bestimmungen der nachstehend erneut veröffentlichten Polizeiverordnung vom 6. November 1919 maßgebend.

Die Bekanntmachung vom 2. September 1920 wird daher zurückgenommen, soweit nicht in ihrem Absatz 1 die von der unterzeichneten Polizeiverwaltung bis einschließlich 31. August 1920 ausgestellten Waffenscheine für ungültig erklärt werden. Dieser Teil bleibt in Kraft. Es wird nochmals aufgefordert, die noch zurückbehaltenen, vor dem 1. September 1920 ausgefertigten Waffenscheine ungesäumt hierher zurück zu geben.

Die Anträge auf Ausstellung neuer Waffenscheine müssen auch für die Folge stets bei dem, für die Wohnung des Antragstellenden zuständigen, Polizeirevier eingereicht und eingehend begründet werden. Außerdem sind in den Anträgen die Waffen, für die ein Waffenschein beantragt wird, genau zu bezeichnen. Nur in Fällen eines zwingenden Bedürfnisses können neue Waffenscheine ausgestellt werden.

Halle, den 6. Oktober 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Polizei-Verordnung über die Wohnungsanmeldung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265), der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195 ff.) und des Artikels 6 § 1 des Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 (G. S. S. 23 ff.) wird nach erfolgter Zustimmung des Gemeindevorstandes für den Stadtkreis Halle nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Jeder Eigentümer, Niesbraucher oder Nutznieser eines Gebäudes oder deren Vertreter ist verpflichtet, Wohnungen und gewerbliche Räume, die durch Kündigung, anderweitige Aufhebung eines Miet- oder sonstigen Vertragsverhältnisses oder auf andere Weise vermietbar geworden sind, sowie zum Vermieten bestimmte Wohnungen und gewerbliche Räume in Neubauten binnen drei Tagen nach der Kündigung, der Aufhebung des Vertragsverhältnisses oder nach dem Eintritt der Vermietbarkeit bei dem städtischen Wohnungsnachweise oder den Polizeirevieren mittels des vorgeschriebenen Vordrucks anzumelden. Die Anzeige darf nur dann unterbleiben, wenn die Räume dauernd außer Benutzung gesetzt werden.

§ 2.

Die im § 1 genannten Personen sind verpflichtet, die erfolgte Vermietung einer Wohnung oder eines gewerblichen Raumes der im § 1 bezeichneten Art innerhalb drei Tagen nach Abschluß des Mietvertrages durch Ausfüllung des vorgeschriebenen Vordrucks bei dem städtischen Wohnungsnachweise oder den Polizeirevieren anzuzeigen. Diese Bestimmung findet entsprechende Anwendung, wenn eine der im § 1 erwähnten Personen eine unter die Bestimmung dieser Verordnung fallende Wohnung oder einen gewerblichen Raum für sich selbst oder ihre Angestellten (Verwalter, Pförtner usw.) in Benutzung zu nehmen beabsichtigt. Die Anzeige ist in diesem Falle spätestens bei Ingebrauchnahme zu erstatten.

§ 3.

Die Vorschriften der §§ 1 und 2 finden auf einzelne Zimmer, gleichgültig ob möbeliert oder unmöbeliert, sowie auf Schlafstellen sinngemäße Anwendung. Die An- und Abmeldung liegt in diesen Fällen deren Vermietern ob.

Die sonstigen bestehenden Vorschriften über das Schlafstellenwesen bleiben unberührt.

§ 4.

Die verschiedenen gemäß §§ 1, 2 und 3 auszufüllenden Vordrucke zur An- und Abmeldung von Wohnungen, möblierten Zimmern, Schlafstellen und gewerblichen Räumen sind im städtischen Wohnungsnachweise und den Polizeirevieren erhältlich.

§ 5.

Die Polizeiverordnung findet auf gemeinnützige Anstalten, Hotels, Gasthäuser, Fremdenheime und Herbergen keine Anwendung.

§ 6.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1—3 dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mk., an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle verhältnismäßige Haft tritt. bestraft.

§ 7.

Die Polizeiverordnung tritt am 15. Mai 1918 in Kraft.

Halle, den 13. Mai 1918. **Die Polizeiverwaltung.** Ring.

Bekanntmachung.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt hat die Prüfungsgebühren für Desinfektion mit Wirkung vom 1. Oktober d. Js. auf allgemein auf 30 Mk. festgesetzt.

Halle, den 5. Oktober 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Bekanntmachung betr. Brennholzversorgung.

Um den Verbrauchern billiges Brennholz zuzuführen, werden die Preise hierfür wie folgt herabgesetzt:

Ab Lager Hafen für Verbraucher:
1 Zentner ungeschnitten 11,50 Mk.
1 Zentner geschnitten ca. 20 Zentimeter lang 12,25 Mk.
1 Zentner gespalten, also ofenfertig, 13 Mk.

Bei Abnahme von 20 und mehr Zentnern weitere 25 Pfg. pro Zentner Ermäßigung.

Bündelholz, ofenfertig, das Bund 0,80 und 2,25 Mk.

Für die Anfuhr und Abladen des Brennholzes — also frei Gelaß — in Mengen von 5 Zentnern und mehr, wird der Betrag von 1,50 bis 1,75 Mk. pro Zentner je nach Entfernung berechnet.

Zur Umzäunung von Ackerland, Schrebergärten usw. werden Zaun- und Nadelhölzer 2 und 2,50 Meter lang und 10 Zentimeter im Durchmesser aufwärts, Zaun- und Skakettiegel 2,50 und drei Meter lang, Latten, rund 2 Meter lang und 3 Zentimeter im Durchmesser aufwärts, Latten, aufgeschnitten, geschält und ungeschält 1,50 bis 2 Meter lang, im städtischen Lager abgegeben.

Halle, den 6. Oktober 1920.

Der Magistrat. Ortskohlenstelle.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Graupen an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen, ferner von Kerzen, Malzextrakt, Trockenei und Bratfett an alle Haushalte in der Talamtschule am Sonnabend, den 9. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 20 001 bis 27 500 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person der Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen 140 Gramm Graupen zum Preise von 20 Pfg., an jeden Haushalt vier Kerzen zum Preise von 4,50 Mark für vier Stück, ferner an jede Person aller Haushalte 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk., 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mk. und ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 9. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 53 501 bis 54 000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 8. Oktober 1920. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201008-19/fragment/page=0008